

ZEITUNG FÜR DEMOKRATIE UND STREITKULTUR

POLIFAKT

JULI 2015

AFD-PARTEITAGSAUSGABE

POLIFAKT.DE



PARTEITAGS-1X1

Basisinformationen für
Erstbesucher eines Parteitag

SEITE 3

DIE STIMMGERÄTE

Informationen zur Verwendung von
elektronischen Wahlgeräten

SEITE 6

LUCKE IN BRÜSSEL

Eine Zwischenbilanz
der Europapolitik à la Lucke

SEITE 10

Herzlich willkommen in Essen

Liebe Parteifreunde,

Grüßwort zum

04./05.
JULI 2015

Sie haben eine weite Anreise und hohe Kosten auf sich genommen, um an diesem richtungsweisenden Bundesparteitag teilzunehmen. Schon in den vergangenen Wochen und Monaten haben Sie viel Zeit aufgewendet, um die innerparteilichen Konflikte bestmöglich nachzuvollziehen und bewerten zu können. Dabei haben Sie nach bestem Wissen und Gewissen mit sich und Parteifreunden lange darum gerungen, wem Ihre Stimme an diesem Wochenende zukommen soll. Angesichts des zuletzt in weiten Teilen über die Presse ausgetragenen Machtkampfes waren Sie zudem bereit, sich gegenüber potentiellen Wählern, am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld für Ihr politisches Engagement zu rechtfertigen oder gar Häme einzustecken.

Für Ihren Einsatz, Ihre Beharrlichkeit und Ihr Vertrauen in die Partei gebührt Ihnen daher an dieser Stelle große Dankbarkeit und Respekt!

Nun ist die Zeit der Entscheidung gekommen: Die Zukunft der Partei liegt in Ihren Händen. Seien Sie sich der Tragweite Ihres Handelns an diesem Wochenende also bewusst: Geben Sie Ihre Stimme nicht für oder gegen eine Person, sondern für eine Partei der echten Alternativen.

Damit unsere bisherigen Erfolge und Ihre Investitionen nicht vergebens waren, muss dieser Parteitag konstruktiv und erfolgreich verlaufen. Nur dann können wir nach außen hin endlich wieder durch unsere Themen wahrgenommen werden, statt diese von anderen Parteien besetzen zu lassen. Bitte tragen Sie deshalb dazu bei, dass dieses Großereignis die richtigen Signale an die Öffentlichkeit aussendet. Hierzu gehört, dass sachlich diskutiert und professionell mit Parteikollegen und der Presse umgegangen wird. Mitglieder, die zum ersten Mal einen Parteitag besuchen, finden ein Parteitags-1x1 in dieser Ausgabe.

Wie auch immer der Bundesvorstand sich am Ende zusammensetzen wird: Entscheidend ist, dass das Ergebnis durch die Mitglieder akzeptiert und anschließend wieder Geschlossenheit demonstriert wird. Der unterlegenen Seite muss daher die Hand gereicht und die Möglichkeit zur Eingliederung geboten werden. Denn nur als geeinte Partei können wir bei den anstehenden Aufgaben bestehen. **Viel Erfolg uns allen!**

Ihre Frauke Petry



Parteitags-1x1

Basisinformationen für Erstbesucher eines Parteitages

Der Bundesparteitag in Essen wird erneut alle Dimensionen sprengen: Mit rund 3.600 Anmeldungen (bei Redaktionsschluss) wird dieser Parteitag den Bremer Parteitag als den größten der bundesrepublikanischen Parteiengeschichte ablösen. Das bringt viele logistische und organisatorische Herausforderungen mit sich: Alleine die Anzahl der auszuzählenden Stimmzettel ist gewaltig, darüber hinaus sind die Wege zur Bühne weit und zu vielen Punkten wird nicht immer jeder etwas sagen können, der etwas sagen

möchte. An dieser Stelle sollen einige wichtige Punkte rund um die formale Parteitagsorganisation beleuchtet werden. Neben den hier aufgeführten Punkten benötigen wir vor allen Dingen dreierlei: viel Geduld, Selbstbeherrschung und Disziplin. Dann kann dieser Parteitag gelingen!

Bei den rechtlichen Bewertungen gilt wie immer: Zwei Juristen, drei Meinungen. Gewähr kann daher nicht übernommen werden.



Foto: fotolia

Welche Satzung gilt?

Das Bundesschiedsgericht hat festgestellt, dass die Beratung und Abstimmung über die Satzung in Bremen nicht die Anforderungen des Parteiengesetzes und des Grundgesetzes an die demokratische Willensbildung in Parteiorganen erfüllt haben. Die übliche Rechtsfolge wäre die Nichtigkeit der Satzung von Beginn an. Damit würde die alte „Berliner“ Satzung vom Gründungsparteitag 2013 wieder gelten. Das Schiedsgericht hat aber weiterhin geurteilt, dass die Satzung – trotz unwirksamer Beschlussfassung – bis zu einer Bestätigung auf einem ordentlichen Parteitag weiter gelten soll. Das wirft mehr juristische Fragen auf als in einem Satz beantwortet werden könnten: Es steht jedenfalls zur Diskussion, ob die Bremer Satzung nicht erneut verabschiedet werden sollte. Ein entsprechender Tagesordnungsänderungsantrag ist gestellt. Unter Umständen erhalten wir also auf dem Parteitag in die eine oder andere Richtung Sicherheit, welche Satzung gilt: die „Bremer Satzung“ oder doch die „Berliner Satzung“. In beiden Fällen sind die Nebenordnungen – also die Geschäftsordnung, die Finanz- und Beitragsordnung und die Schiedsgerichtsordnung – hiervon nicht betroffen, weil diese auf dem Bremer Parteitag erst am Sonntag beschlossen wurden und vom Schiedsgerichtsurteil nicht betroffen sind. Diesbezüglich herrscht also Klarheit.



Foto: dpa

Das Tagungspräsidium

Unmittelbar nach Eröffnung des Parteitages wird ein Tagungspräsidium gewählt. Das Präsidium besteht aus einem Versammlungsleiter und zwei Stellvertretern. Hiervon kann abgewichen werden: In Bremen wurde ein größeres Präsidium gewählt, weil in zwei Hallen getagt wurde. Die sorgfältige Auswahl des Präsidiums ist in jedem Fall von großer Bedeutung: Das Präsidium leitet die Versammlung und muss dabei häufig kleine und größere Rechtsfragen ad hoc entscheiden. Gerade bei einem Wahlparteitag besteht eine weitere wichtige Aufgabe auch darin, für alle Kandidaten eine gleiche und faire Möglichkeit zu schaffen, sich vorzustellen. Dafür stehen dem Präsidium weitreichende Möglichkeiten zur Verfügung, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind: „Entzug des Wortes, Ausschluss von der Versammlung, Unterbrechung der Versammlung, Auflösung der Versammlung“ (§ 3 Abs. 5 GO). Das Präsidium sollte also aus rechtskundigen Personen bestehen, denen die Versammlung eine neutrale, faire und besonnene Leitung zutraut. Die Wahl dieser Personen kann einzeln oder im Block durchgeführt werden. Die besondere Bedeutung dieses Parteitages lässt eine Einzelwahl angemessen erscheinen.



Die Tagesordnung

Es wurden 44 Seiten mit Anträgen zur Tagesordnung fristgemäß eingereicht. Diese Anträge haben das Ziel, die vom Bundesvorstand festgelegte vorläufige Tagesordnung zu konkretisieren. Bei diesen Anträgen gilt wie bei allen anderen Anträgen auch: Der jeweils weitergehende Antrag wird zuerst behandelt. Ein Antrag auf Absetzung eines Punktes von der Tagesordnung müsste also z.B. vor dem Antrag auf Verschiebung dieses Punktes innerhalb der Tagesordnung behandelt werden. Nur zu Punkten, die als Thema auf der Tagesordnung auftauchen, können Beschlüsse gefasst werden. Insofern ist die Entscheidung für oder gegen die Aufnahme eines Punktes in erster Linie stets eine Entscheidung darüber, womit der Parteitag sich befassen soll. Zu den einzelnen Anträgen soll hier nicht weiter Stellung bezogen werden, hingewiesen sei nur auf den oben bereits erwähnten Antrag, den vom Schiedsgericht verworfenen Beschluss über die neue Satzung in Bremen zu bestätigen.



Zulässigkeit elektronischer Abstimmgeräte

Auch bei diesem Parteitag wird beschlossen werden müssen, ob elektronische Abstimmgeräte zur Verwendung zugelassen werden. Dafür wird die große praktische Erleichterung beim Feststellen von Abstimmungsergebnissen oder Wahlgängen ins Feld geführt. Es gibt jedoch – gerade bei Personenwahlen – große rechtliche und technische Bedenken gegen die Verwendung elektronischer Stimmgeräte. In der neuen Bundeswahlordnung haben wir daher in Bremen entschieden, dass derartige Geräte im Vorfeld von einem externen Experten hinsichtlich „Sicherheit, Funktion und [...] Manipulationsschutz bezogen auf die jeweilige Veranstaltung, zu überprüfen“ sind. Diese Experten sind vom Konvent zu bestellen. Der Konvent hat sich bislang noch nicht konstituiert und konnte daher folgerichtig auch keinen Experten mit einem Gutachten beauftragen. Aus Gründen der Rechtssicherheit und dabei vor allem der Überprüfbarkeit von Wahlergebnissen sollten elektronische Abstimmgeräte nicht zugelassen werden.

Beachten Sie hierzu auch den Text auf den folgenden Seiten.
Ab Seite 6.

ZUSATZINFORMATIONEN

1. Stimmberechtigte Mitglieder bekommen Wahlunterlagen, z. B. rote, grüne sowie gelbe oder weiße Kärtchen für die öffentliche Abstimmung. Evtl. werden auch elektronische Abstimmungsgeräte direkt beim Einlass in den Konferenzraum vergeben.
2. Rotes Kärtchen = ich stimme dagegen
Grünes Kärtchen = ich stimme dafür
Weißes / gelbes Kärtchen = ich enthalte mich der Stimme
3. **Beim Verlassen des Versammlungsraumes sind die Wahlunterlagen / Abstimmungsgeräte abzugeben (oft nur die Abstimmungsgeräte). Wahlunterlagen nirgends liegen lassen.**
4. Es wird eine Wahl- und Zählkommission gewählt und dazu ein Vorsitzender und Stellvertreter. Sie haben für die Durchführung und Sicherheit bei Wahlen zu sorgen. **Förderer können auch Mitglieder der Wahl- und Zählkommission sein.**
5. Anträge können mit Dafür- und Dagegenreden debattiert und nach der Bremer Satzung vom Rednerpult gesprochen werden. Dazu gibt es eine Rednerliste (Meldung durch Handzeichen, Registrierung, bis Rednerliste geschlossen wird). Die Redezeit kann dafür zuvor festgelegt werden (Antrag an den Versammlungsleiter / wird abgestimmt; z.B. max. 1 Minute Redezeit)
6. Die Anträge werden offen abgestimmt, durch Hochhalten der farbigen Karten. Zuerst wird das Dafür (grüne Karte) abgefragt, dann das Dagegen (rote Karte), anschließend die Stimmenthaltungen (weiß oder gelb). Kann das Abstimmungsergebnis durch Augenschein nicht eindeutig festgestellt werden, wird eine Auszählung (ggf. mit Abstimmgeräten) angeordnet.



Foto: fotolia

Wahlen zum Schiedsgericht

Neben den Vorstandsneuwahlen finden noch weitere Wahlen statt. Eine besondere Aufmerksamkeit gehört dabei den Wahlen zum Bundesschiedsgericht. Das Schiedsgericht ist schon in der Vergangenheit stark in Anspruch genommen worden. Die letzten Wochen haben auch gezeigt, wie wichtig die einzelnen Verfahren für die Gesamtpartei sein können. Die kommenden Wochen und Monate werden nicht viel ruhiger werden. Es gibt sehr wahrscheinlich auch nach dem Parteitag noch offene Fragen zur Gültigkeit der Satzung; teils muss das Bundesschiedsgericht in Landesverbänden mit nicht einsatzfähigen Schiedsgerichten einspringen; ferner laufende Verfahren zu Delegiertenwahlen in den Ländern und – ohne Bemühen eines Hellsehers – höchstwahrscheinlich auch Anfechtungen dieses Essener Parteitages entscheiden. Die Auswahl unabhängiger, rechtskundiger Schiedsrichter ist daher ähnlich wichtig, wie die Wahl des Bundesvorstandes.

Beachten Sie hierzu auch die Wahlordnung

7. Personenwahlen werden immer GEHEIM vorgenommen. Jedes abstimmungsberechtigte Mitglied kann ausschließlich nach seinem Gewissen abstimmen. Vorwürfe zum Abstimmungsverhalten darf es nicht geben!
8. Jedes Mitglied hat das Recht, sich selbst oder andere Mitglieder zur Wahl vorzuschlagen. Eine Vorstellung (Vita / berufl. Werdegang / Ziele u. Vorstellungen von der Arbeit in der AfD) erfolgt im Anschluss und meist in alphabetischer Reihenfolge.

Parteitage sind langwierig und Pausen selten. Daran sollte jeder denken. Natürlich ist ein Verlassen des Saales jederzeit möglich – außer während einer Wahl! Dann kann man aber wichtige Erläuterungen oder Abstimmungen verpassen! Deshalb ruhig einen kleinen Snack / ein Getränk dabei haben bzw. kaufen.



Foto: fotolia

Geschäftsordnungsanträge

Die **Wortmeldung mit zwei Händen** ist regelmäßigen Parteitagsteilnehmern bekannt: So wird ein Antrag zur Geschäftsordnung angemeldet. Geschäftsordnungsanträge sind „vorrangig zu behandeln“ (§ 8 Abs. 1 S. 3 GO). Seit Bremen gibt es einen festen, abgeschlossenen Katalog von zulässigen Anträgen in § 8 Abs. 3 der GO:

„Ausschließlich folgende Geschäftsordnungsanträge sind zulässig:

- a) Auf Begrenzung der Redezeit,
- b) auf Schließung der Rednerliste der bereits vorliegenden Wortmeldungen,
- c) auf Schluss der Debatte,
- d) auf Vertagung des Beratungsgegenstandes,
- e) auf Verweisung an ein anderes Organ oder eine Kommission mit einer Maßgabe der weiteren Behandlung,
- f) auf Unterbrechung der Verhandlungen, Vertagung oder Beendigung des Parteitages,
- g) auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit gemäß § 11 Abs. 17 der Satzung.
- h) auf Absetzen eines Beratungsgegenstandes von der Tagesordnung
- i) auf Nichtbefassung mit einem Antrag“

Die Anträge nach den Buchstaben a) bis c) dürfen nur von Mitgliedern gestellt werden, die nicht bereits selbst gesprochen haben. In jedem Fall ist eine Gegenrede zuzulassen. Der „formalen“ Gegenrede ohne Erläuterung geht die „inhaltliche“ Gegenrede immer vor.

In der Praxis haben Geschäftsordnungsanträge eine hohe Bedeutung. Mit ihnen lässt sich der Fortgang des Parteitages maßgeblich bestimmen: Diskussionen können beendet werden, ganze Punkte abgesetzt oder vertagt werden, nicht zuletzt kann der gesamte Parteitag per Geschäftsordnungsantrag beendet werden.

Die elektronische Wahlalternative Augen zu und durch

Dieser Beitrag beleuchtet die Verwendung von elektronischen Wahlgeräten allgemein und in der Alternative für Deutschland im Speziellen. Letzteres zeigt auch hier wieder mangelndes Rechtsbewusstsein und mangelnde Organisationskompetenz der Entscheidungsträger.

1 Bundesverfassungsgericht erklärt Einsatz von Wahlcomputern für unzulässig

Mit Urteil vom 03.03.2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Verwendung von elektronischen Wahlgeräten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag für unzulässig.

Das Urteil stellt kein gesetzliches Verbot der Verwendung von Wahlgeräten für parteiinterne Wahlen dar.

Gleichwohl sind die Anforderungen des BVerfG an elektronische Wahlgeräte auch für Wahlen im gesellschaftlichen Bereich bedeutend. Vor allem Parteien haben sich aufgrund der demokratischen und rechtsstaatlichen Relevanz an diesen Grundsätzen zu orientieren.

2 Kriterien des Bundesverfassungsgerichts zur Verwendung von elektronischen Wahlgeräten

Alle wesentlichen Schritte der Wahl müssen der öffentlichen Überprüfbarkeit unterliegen und dies bedingt folgende Anforderungen:

- Eine unabhängige technische Prüfungskommission.
- Die öffentliche Sichtbarkeit der Wahlvorgänge.
- Eine amtliche Zertifizierung der Geräte.
- Bearbeitungsgeschützte Ergebnisprotokolle (auch in nicht-elektronischer Form).
- Nachprüfbarkeit der Wahl für jeden Wähler. Hier beschreibt das BVerfG Wahlgeräte, die „zusätzlich zur elektronischen Erfassung der Stimme ein für den jeweiligen Wähler sichtbares Papierprotokoll der abgegebenen Stimme ausdrucken“.

3 Manipulation elektronischer Wahlgeräte im Allgemeinen

Die Nachfrage nach elektronischen Wahlgeräten ist enorm. Vor allem in Mitgliederversammlungen von politischen Parteien mit den bekannten Marathon-Abstimmungen werden die Geräte von „Pragmatikern“ geradezu als Deus ex Machina gehandelt.

Bezeichnend ist jedoch die Tatsache, dass die Ablehnung von E-Voting in hohem Maße mit dem Grade der IT-Kenntnisse der sich mit dem Thema befassenden Personen zunimmt.

Dem oftmals geäußerten Argument, auch schriftliche Wahlen seien manipulierbar, ist entgegenzuhalten, dass dort bei Verdachtsmomenten im Nachhinein immer noch die Überprüfung der Stimmzettel bleibt, was bei elektronischen Wahlen nicht möglich ist. Ferner bleibt als Ansatzpunkt zur Manipulation schriftlicher Wahlen



Foto: dpa – picture alliance

in der Regel einzig der Stimmzettel. Die Manipulation einzelner Stimmzettel ist jedoch mit verhältnismäßig hohem Aufwand, bzw. limitiertem Einfluss (von einzelnen Stimmen) verbunden. Im Gegensatz hierzu bietet die Manipulation elektronischer Wahlen ungleich höheres Betrugspotential.

Die hier möglichen Fälschungen erlauben die komplette Veränderung des Endergebnisses:

- Selbst die Software des einzigen von der BPT zugelassene Wahlsystems Nedap (ESD1/ESD2) konnte von Computerfachleuten innerhalb von wenigen Minuten manipuliert werden, ohne auffällige Spuren zu hinterlassen.
- Auch Manipulationsmöglichkeiten bei der Datenübertragung (Funk) wurden nachgewiesen.
- Die harmloseste, aber auch noch einfachere, Manipulation schließlich ist eine Störung der Übertragung der Stimmabgabe durch Störsender.

4 Elektronische Abstimmgeräte bei anderen Parteien

- Bezeichnenderweise hat die IT-affine Piratenpartei den Einsatz von elektronischen Wahlgeräten offiziell eingestellt und fordert deren generelles Verbot:

„... Aus diesen Gründen ist die Piratenpartei der Meinung, dass der Einsatz derartiger Wahlgeräte den demokratischen Prinzipien der Überprüfbarkeit, Fälschungssicherheit und der geheimen Wahl widerspricht und somit nicht in Frage kommt.“

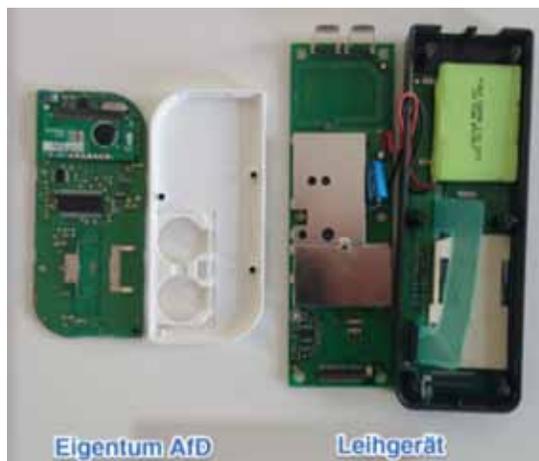
- Die SPD hat in Einzelfällen elektronische Wahlgeräte auf Parteitagen benutzt. Es werden jedoch technisch anspruchsvolle

Geräte verwendet. Die Verwendung ist nichtsdestotrotz parteiintern heftig umstritten.

- Die Grünen haben teilweise elektronische Wahlgeräte eingesetzt. Der Einsatz war aufgrund der umstrittenen Problematik aber offensichtlich auf die Vorauswahl von Bewerbern (Stimmungsbild) beschränkt.

5 Elektronische Abstimmgeräte bei der AfD

Auch bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen wollte man in der AfD alternative Wege gehen, wobei zwei Systeme zum Einsatz kamen: Ein von der Firma Powervote durch die Bundesgeschäftsstelle gekauftes System und ein von der Firma Powervote ausgeliehenes System des Herstellers IVS.



Eine detaillierte Beschreibung der beiden Systeme findet sich im Online-Beitrag unter:

www.polifakt.de/powervote



Das „System Powervote“ ist schon vom Hersteller nicht für rechtssichere Wahlen vorgesehen und erfüllt auch nicht ansatzweise die grundsätzlichen Anforderungen an ein elektronisches Wahlgerät. Aufgrund der Unzulänglichkeit des Systems ist dessen Einsatz bei jeglichen Wahlen anfechtbar und damit indiskutabel.

Auch von einem entsprechenden Einsatz des hochwertigen Leih-Systems IVS muss dringend abgeraten werden, da selbst dort erhebliche Manipulationsmöglichkeiten gegeben sind.

6 Rufer in der Wüste – Der persönliche Teil des Beitrags

Ein erschreckendes Bild ergibt sich bei Betrachtung der parteiinternen Vorgänge zum Einkauf und Einsatz des Wahlsystems.

Gerüchteweise hatte ich im Juli 2014 erfahren, dass der Einkauf von elektronischen Wahlgeräten für 40.000 Euro geplant war.

Aufgrund meiner Skepsis gegenüber elektronischen Abstimmungen allgemein und meinen Zweifeln an der fachlichen Kompetenz der beteiligten Personen im Speziellen, hatte ich umgehend ver-

sucht, nähere Informationen zu erhalten und die AfD vor Fehlentscheidungen zu bewahren.

Doch Vernunft und fachliche Argumentation haben sich leider auch bei diesem Thema nicht durchsetzen können.

In der Satzungskommission Bund hatte ich das Thema am 09.08.2014 zur dringlichen Diskussion gestellt und meine expliziten Einwände bezüglich der Untauglichkeit des Systems „Powervote“ dargestellt. Ein als Satzungskommissions-Mitglied anwesender Bundesgeschäftsführer hatte die Kritik und Warnungen harsch zurückgewiesen. Glücklicherweise fand sich in der Satzungskommission jedoch die erforderliche Mehrheit für eine Regelung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten in der Wahlordnung. Der Verwendung von völlig untauglichen Geräten war hierdurch ein Riegel vorgeschoben.

Alle Befürchtungen übertrifft – Powervote in der Praxis

Landesparteitag Baden-Württemberg, 06.10.2014

Die Zahl der nach Powervote abgegebenen Stimmen schwankte in direkt aufeinanderfolgenden Wahlen nicht selten um 20 – 25 %.

Die in Powervote registrierte Wahlbeteiligung lag zum Teil nur knapp über 50 Prozent der

anwesenden Parteimitglieder.

Ursache waren vermutlich massive Störungen aufgrund von Übertragungsproblemen der Funkstrecke und Ausfallerscheinungen aufgrund unzureichenden Batterieladezustands der Geräte. Diese Unzulänglichkeiten sollten sich später nach der wiederholten und genaueren Analyse als systemimmanent herausstellen.

Landesparteitag Bayern, 19.10.2014

Bei einem Test der Geräte vor dem Landesparteitag stellte das Organisations-Team die schwerwiegenden Mängel des Systems fest und lehnte eine Verwendung der Geräte aufgrund folgender Unzulänglichkeiten ab:

- Fehlende Überprüfbarkeit der Stimmabgabe
- Fehlende Ladezustandsanzeige

Unzureichende Reichweite/Sendeleistung der Geräte

Landesparteitag Hessen, 15.11.2014

Meine Stellungnahme mit der dringenden Warnung vor einem Einsatz der Powervote-Geräte hatte ich am 12./13.11.2014 an den Bundesvorstand, die Bundesgeschäftsführung und den (damaligen) Landesvorsitzenden Hessens gesandt. Eine Antwort habe ich nie erhalten. Aus Vorsicht hatte man aber offensichtlich einen Mitarbeiter der Firma Powervote zur Unterstützung des Parteitags engagiert. Da ich meine Stellungnahme aufgrund der ausbleibenden Antworten der Vorstände an einige Kreisvorstände zur Information ►

◀ gesandt hatte, erhoben sich am Parteitag kritische Stimmen bezüglich des Einsatzes des Wahlgerätes. Seitens des Tagungsleiters, Bernd Kölmel, wurde diese Kritik jedoch als haltlos und quertreibend abqualifiziert. Aufgrund des Unmutes in der Mitgliedschaft sollte eine Probeabstimmung die Verwendbarkeit des Systems beweisen. Mehrere Versuche von Test-Abstimmungen und der Austausch einer großen Zahl offensichtlich defekter Geräte zeigten jedoch vor allem die Untauglichkeit des Systems. Schließlich erzwangen die Mitglieder per Parteitagsbeschluss das Einlenken des Tagungspräsidiums. Die elektronischen Wahlgeräte wurden eingesammelt und es erfolgte die Wahl per Stimmzettel (die übrigens – obwohl im direkten Anschluss an die Powervote-Testwahl – eine deutlich abweichende Teilnehmerquote auswies).

Beharrlichkeit der Unvernunft

Die Entscheidungsträger der Partei ließen sich durch solche kleinen Rückschläge nicht entmutigen. Eine weitere Veröffentlichung einer um die ernüchternden oben genannten Praxis-Beispiele ergänzte Stellungnahme rief keineswegs Dankbarkeit bezüglich der Warnung vor der Fehlerhaftigkeit des Systems hervor.

Warum sollte man sich auch von den Erfahrungen anderer Parteien, dem Urteil eines Verfassungsgerichts oder gar den Einwendungen eines widerspenstigen AfD-Funktionärs die Stimmung vermiesen lassen?

Der Tagungsleiter des oben beschriebenen LPT Hessen und Landesvorsitzende Baden-Württembergs beschwerte sich am 27. Januar 2015 per E-Mail über die Stellungnahme mit den Worten „Was soll denn das?“.

Ein anderer Landesvorsitzender brillierte in einer E-Mail vom 15.01.2015 mit folgender Sachanalyse:

„Tut mir leid völliger Quatsch (meine persönliche Meinung)

Selbst wenn 10 Prozent der Geräte nicht übermitteln und defekt sind, dann ist das Ergebnis immer noch richtig. Weil statistisch gesehen die Grundgesamtheit bei 3000 Menschen groß genug ist!

Und wir machen keine Aufstellungsversammlung (hier hat uns der Bundeswahlleiter die Nutzung untersagt) sondern einen Parteitag! Soll ihn halt jemand anfechten vor dem Bundesschiedsgericht... ich lach mich tot!“

Ich lege mich fest: Jeder, der die elektronischen Abstimmgeräte verhindern will, will den Bundesparteitag platzen lassen und ist ein U-Boot!“



Werner Meier

Landesvorstand Bayern
Schriftführer Bundessatzungskommission
Stellvtr. Sprecher des Landesfachausschuss Recht und Inneres

Politische Aufklärung zu den Themen der Alternative für Deutschland (AfD). Nutzen Sie diese Zeitung zur Information vor allem bei älteren Mitbürgern, zur Gewinnung von neuen Mitgliedern und zur Spendenakquise.

Die AfD-Bürgerzeitung

Diese Zeitung ist als externes Kommunikationsmedium der AfD Kreisverbände zu den Bürgern gedacht. Es gibt eine große Anzahl an Mitbürgern, die sich nicht permanent im Internet aufhalten und informieren. Um die Inhalte der AfD breiter und effektiver unter das Volk zu bringen, ist es erforderlich, dies auch auf traditionelle Weise, mit einer Zeitung zu tun. Die Zeitung eignet sich sehr gut als „Träger“ für Ihre regionalen Infoblätter oder Flyer mit Veranstaltungshinweisen.

bestellung.polifakt.de

Themen auf 20 Seiten:

- Familie
- Flüchtlinge & Asyl
- Kriminalität
- Windenergie
- IWF
- und weitere



JETZT NEUE AUSGABE

BIS 12.07.2015 BESTELLBAR.

Auslieferung ab: 16.07.2015

POLIFAKT

Herausgeber und Verlag:

Polifakt Medien
Nikolaistraße 6-10
D-04109 Leipzig

www.polifakt.de

Chefredaktion: Josef Konrad
redaktion@polifakt.de

Anzeigen: anzeigen@polifakt.de

Telefon: (+49) 341 - 39 280 940-0

E-Mail: verlag@polifakt.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für die mit Namen versehenen Beiträge liegt bei den jeweiligen und Autoren.

Von der roten Linie

Aufruf von Prof. Dr. Lothar Maier zum Bundesparteitag



Foto: demotix - Kiko Jiménez

Der Alternative Mitgliederentscheid

Das Quorum von 637 Unterzeichnern (entsprechend 3 % der Parteimitglieder) war am 4. Mai erreicht und wurde am gleichen Tage der Bundesgeschäftsstelle kommuniziert.

Am 19. Mai teilte die BGSt offiziell mit, der Spruch des Bundesschiedsgerichts bezüglich Geiger finde auch auf diesen Entscheid Anwendung. Der Antrag würde nicht mehr weiter bearbeitet.

Die Initiatoren des Alternativen Mitgliederentscheids möchten Ihnen zum Bundesparteitag am 4./5. Juli noch ein paar kurze Informationen und Einschätzungen der Lage aus unserer Sicht geben. Was wir alle mit dem Mitgliederentscheid erreichen wollten, hat sich ja nicht erledigt, auch wenn diese Form der innerparteilichen Auseinandersetzung keine Rechtsgrundlage mehr hat.

Die Unterstützer des ersten, von Ronald Geiger initiierten Mitgliederentscheids führen den Kampf für eine an den Mainstream voll angepasste Partei nun mit anderen Mitteln weiter. Eines der Zauberwörter, die sie benutzen, ist die „rote Linie“, die überall gezogen wird und deren Überschreiten zum Ausschluss aus der Partei führen soll. Bernd Lucke zufolge gelten die roten Linien u.a. für „nationalistische und rassistische Äußerungen, Forderungen nach Aufgabe der Westbindung oder nach Austritt aus EU und NATO, Infragestellen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und manches mehr. Die Begriffe sind stets so allgemein gehalten und so inklusiv, dass mit ihnen alles und jedes begründet werden kann, sie also ein enormes Missbrauchspotential aufweisen. Heißt Westbindung etwa, dass wir alle militärischen Abenteuer der USA in der Welt unterstützen müssen?

Sind wir antieuropäisch, wenn wir den Euro abschaffen und die EU auf ihre Grundfunktionen zurückführen wollen? Weichen wir von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab, wenn wir die repräsentative Demokratie durch starke direktdemokratische Elemente ergänzen wollen? Sind wir rassistisch, wenn wir die Einwanderung begrenzen wollen? Zugleich schreitet die Spaltung der Partei mit der Gründung des „Weckrufs“ voran. Wo gibt es das sonst noch: Eine Partei innerhalb der Partei? Kein Wunder, dass angesichts solcher Machtkämpfe im Bundesvorstand keine Politik mehr gemacht wird. Während in Griechenland sich alles das vollzieht, was wir seit unserer Gründung prophezeit haben, herrscht in der Berliner Schillstraße Schweigen.

Selbst zum ersten großen Thema der AfD, dem Euro und der „Rettungspolitik“, weiß die Parteispitze nichts mehr zu sagen, ergeht sich stattdessen in Erpressungen nach dem Muster „Entweder ihr folgt unserer Linie, oder wir spalten euch“. Dem sollten wir unverdrossen die Mobilisierung all jener entgegensetzen, die sich am ursprünglichen Programm der Partei orientieren und von dem sich die Spitze derzeit immer weiter entfernt. Der gesunde Menschenverstand, den auch Bernd Lucke am Beginn unseres Weges bemühte, sollte uns

weiterhin leiten. Eine inhaltliche Ausformung stellen die in unserem Alternativen Mitgliederentscheid formulierten politischen Grundpositionen dar, die wir weiterentwickeln und offensiv vertreten wollen.

Wir bitten Sie alle, am Bundesparteitag in Essen nicht der roten, sondern der Linie der Vernunft zu folgen. Wir können und wir müssen die selbstzerstörerischen Machtkämpfe beenden! Dafür brauchen wir einen Bundesvorstand, der für Sacharbeit steht und nicht für gegenseitige Beschuldigungen, Erpressungen und Verabsolutierung der eigenen Meinung und der eigenen Person. ■



Prof. Dr. Lothar Maier

Landeshauptstadt Stuttgart
Mitglied des Gemeinderats
Alternative für Deutschland
Fraktionsvorsitzender

Zu wenig, zu brav und weit weg

Eine Zwischenbilanz der Europapolitik à la Lucke
von Martin Louis Schmidt

Foto: demotix – Theo Schneider



Keine Frage: die Kritik an der völlig verfehlten Euro-Rettungspolitik war der Gründungsimpuls der Alternative für Deutschland. Bis heute ist dieses Thema mit allem, was sich europapolitisch daran anschließt – also etwa den Plänen für eine Bankenunion oder für EU-weite Vereinheitlichungen im Sozial- und Steuerbereich – eine AfD-Kernkompetenz. Denn hierin spiegelt sich auf dramatische Weise das Streben der Brüsseler EUrokratie, sich zu Lasten der Nationalstaaten immer weitere Machtbefugnisse anzueignen und die Gemeinschaft zu einem zentralistischen europäischen Superstaat umzuformen.

Doch schon länger ist vielen Verantwortungsträgern und vor allem der Mehrheit der Mitglieder unserer aufstrebenden Partei bewusst, dass die Programmatik angesichts der Problemlage im Land weit über die Fokussierung auf die Eurothematik hinausgehen muss. Als Beispiele genannt seien die fortschreitende Überalterung Deutschlands einschließlich falscher Rezepte in der Familienpolitik, die irrwitzige Genderpolitik, die Folgen einer nahezu ungebremsten und unregulierten Massenzuwanderung, eine nach wie vor gleichmacherische Bildungspolitik oder die planlose sogenannte Energiewende. Doch auch in der Europapolitik kann die Kritik

an den eingangs genannten Vorhaben nur ein Ausschnitt aus einer breiten Themenpalette sein. Schließlich gibt es kaum mehr etwas, in das die EU sich nicht mit totalitärem Anspruch einmischt.

„Rote Linien“ sind auch in Brüssel fehl am Platz

Hier, wie generell, ist innerhalb der Alternative für Deutschland eine freie und ergebnisoffene Diskussion einzufordern, bei der Tabus und „rote Linien“ fehl am Platze sind. Weder braucht die AfD autokratische Führungspersonen, noch dürfen die politischen Inhalte unter dem Vorzeichen der Anschlussfähigkeit an die Altparteien bzw. die vorherrschenden Medienmeinungen formuliert werden. All das gilt auch für die Europapolitik der AfD. Diese muss zunächst der programmatischen Bandbreite der Partei entsprechen, muss sachorientiert sein und dem Grundgebot politischer Klugheit genügen. Sie sollte aber auch die Spielregeln des Brüsseler und Berliner Politestablishments geschickt unterlaufen und originell, undogmatisch, überraschend und immer wieder auch mal frech „überkommen“. Mit einem Wort: alternativ! Zieht

man jedoch gut ein Jahr nach dem Erfolg bei den Europawahlen (7,1 Prozent) Bilanz, so fällt diese nicht nur positiv aus. Die sichtbare Arbeit von Teilen der siebenköpfigen AfD-Delegation kann mit drei Eigenschaften beschrieben werden: zu wenig; zu brav und zu weit weg.

„Zu wenig“ beinhaltet die programmatische Verengung, die sich in immer neuen Pressemitteilungen zum Euro-Rettungstheater oder einem möglichen Grexit erschöpft. Die gefühlte 95. Erklärung zum mehr oder weniger gleichen Thema ermüdet nicht nur die Medienvertreter, sondern auch die eigenen Mitglieder und etwaige Wähler. Hier offenbaren sich die persönliche Fixierung eines Volkswirtschaftsprofessors, der Mangel an strategischer Planung und eine allzu biedere Auffassung von Öffentlichkeitsarbeit. Mit Letzterer wären wir bei „zu brav“ angekommen. Warum, so muss man fragen, gab es bislang so gut wie keine öffentlichkeitswirksamen Projekte mit anderen Mitgliedsparteien der EKR-Fraktion oder auch mit weiteren im Europarlament vertretenen Parteien?

Längst hätte zum Beispiel eine gemeinsame Presseerklärung mit Vertretern der Dänischen Volkspartei oder auch der österreichischen FPÖ zum nicht mehr

zeitgemäßen Schengen-System, also zur Notwendigkeit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen, veröffentlicht werden können. Oder man hätte eine wie auch immer geartete partei- und fraktionsübergreifende Aktion starten können, mit der die Bedeutung der jeweiligen nationalen „Leitkulturen“ (dieser Begriff wurde von CDU/CSU bezeichnenderweise fallengelassenen) für eine gelingende Integration von Zuwanderern betont würde. Ebenso vorstellbar wäre eine breitangelegte Konferenz über die Notwendigkeit dezentraler Strukturen auf unserem europäischen Heimatkontinent. Wegen der von der AfD stets geförderten Subsidiarität, aber auch, weil die kulturelle wie politische Vielgestaltigkeit Europas dessen Reiz und Stärke ausmacht.

Es braucht mehr als bloße Teilhabe am durchbürokratisierten EU-Alltag

Unter den Vorzeichen der Sympathiebekundung für Regionalismen und ethno-kulturelle Selbstbestimmungsrechte könnten möglicherweise neben linksgerichteten schottischen, irischen, katalanischen oder baskischen Europaabgeordneten auch liberale flämische, christdemokratische südtiroler oder rechte ungarische Europaabgeordnete an einen Tisch gebracht werden. All das wäre nicht zuletzt sinnvoll für die Überwindung des inhaltsleer gewordenen Rechts-Links-Koordinatensystems der deutschen Altparteien und Medien, in das die AfD ohnehin nie wirklich reinpasste. Auch eine von der AfD ausgerichtete Veranstaltung über die empörende Benachteiligung des Deutschen

als EU-Amtssprache wäre zweifellos sinnvoll und würde wohl manch einen Unionsabgeordneten in dieser wichtigen Frage unter Zugzwang setzen.

Es ist keinesfalls so, dass es für all diese oder auch andere Ideen keine Vorschläge oder konkretere Anläufe gegeben hätte. Aber sie wurden allesamt bis auf den heutigen Tag abgeblockt oder versandet, warum auch immer. Vielleicht war es ja von vornherein ein Fehler, sich nach gutbürgerlicher Manier in das durchbürokratisierte Hamsterrad EU-Parlament hineinzubegeben, um beim unentwegten Sitzungsmarathon emsig mitzuwirken. Warum, so ist zu fragen, wird das Parlament in Brüssel bzw. Straßburg nicht viel stärker als Bühne genutzt, den Blick auf den Souverän, nämlich das Volk, im eigenen Land gerichtet. Doch statt möglichst nah an den Bürgern, den eigenen Parteimitgliedern und den Wählern dran zu bleiben, ist ein Teil unserer Parteiführung in ihren Ämtern vorschnell „alt“ geworden. Was die Alternative für Deutschland deshalb jetzt dringend braucht, ist eine Verjüngungskur – auch und gerade in der Europapolitik. ■

Martin Louis Schmidt

Sprecher des bundesweiten Arbeitskreises „Europa der Vielfalt Völker, Kulturen, Regionalismen (VKR)“

Regionalreferent Rheinland-Pfalz der AfD-Europadelegation September 2014 bis März 2015

Landesprogrammkommission Rheinland-Pfalz
Vorstand KV Südliche Weinstraße

Das Europäische Parlament in Straßburg

Hier finden in den Sitzungswochen die Parlamentssitzungen statt.



Foto: dpa - picture alliance

Das wahre Ziel des Weckrufes

... haben in dankenswerter Klarheit am 20.6. in Köln Bernd Kölmel und Eibe Hinrichs sinngemäß genau so artikuliert: **„Wir wollen unbedingt verhindern, dass die AfD eine erfolgreiche Volkspartei wird. Wir wollen eine kleine Klientelpartei mit 5-6 %. Und genau dafür haben wir unbegrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.“** Danke Bernd Kölmel. Danke Eibe Hinrichs. Genau darum geht es den Etablierten. Verhindern, dass eine parteipolitische Macht entsteht, die wirklich etwas verändert. Eine Alternative soll mit allen Mitteln unterbunden werden. Wer eine Alternative will, eine Volkspartei mit 20% plus, wie zuletzt in Finnland und Dänemark, der sollte sich sehr bewusst machen, daß es machtvolle und finanzstarke Gruppen gibt, die genau das NICHT wollen. Und die pumpen ihr Geld jetzt in den Weckruf.



Beatrix von Storch

Bundesparteitag in Essen

04. & 05. Juli 2015



Am 04. & 05. Juli hier abtrennen!





GEMEINSAM STATT EINSAM

Ja zur Alternative, Nein zum Weckruf!

Alternative

**für
Deutschland**

www.ja-zur-alternative.de

Wohin will Bernd Lucke?

Richtungsentscheidung in der AfD



Foto: demotix - Theo Schneider

Bernd Lucke hat vier Grundprinzipien formuliert, auf die er die AfD einschwören will. Doch werden sie mehrheitsfähig, wird sie sich in der deutschen Parteienlandschaft nicht etablieren können.

Angeblich gibt es in der AfD einen Streit. Ein von Bernd Lucke angeführtes liberales Lager kämpfe gegen ein konservatives, das Frauke Petry anführt. Aber wer sich etwas intensiver mit der Partei auseinandersetzt, stellt schnell fest: Bernd Lucke will eine Richtungsentscheidung – ja. Aber mitnichten repräsentiert er das liberale Lager.

Für welche Inhalte und für welche programmatische Ausrichtung steht er also? Um das festzustellen, sind zwei entscheidende Beiträge von ihm zu sehen: Im April 2015 forderte er von den Mitgliedern, einen Mitgliederentscheid zu unterschreiben. Hier sollten alle AfD-Mitglieder mit einer einfachen Ja- oder Nein-Entscheidung die folgenden sieben Thesen unterstützen und zur verbindlichen politischen Leitlinie der Partei erheben:

»Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft oder unserem Wirtschaftssystem ab.«

Eine Debatte über das Geldsystem wäre damit wohl ebenso ausgeschlossen wie ein Nachdenken darüber, ob – wie in unseren europäischen Nachbarländern überwiegend auch zulässig – auch statt Schulpflicht eine Bildungspflicht genügen würde. Unabhängig davon, ob man im Ergebnis hier Änderungen will – alleine die Debatte wäre innerhalb der Partei ausgeschlossen.

»Volksentscheide (direkte Demokratie) müssen sich auf Schlüsselentscheidungen beschränken.«

Damit wäre die bislang immer von der AfD geforderte direkte Demokratie nach dem Beispiel der Schweiz nicht mehr möglich. Die Schweiz beschränkt die Befugnisse der Bürger nicht auf »Schlüsselentscheidungen«. Was sind eigentlich Schlüsselentscheidungen? Und wer definiert das? Auf jeden Fall ist sicher, dass die Bürger nicht das Recht haben sollen, grundsätzlich jede Entscheidung an sich zu ziehen.

»Die AfD will die deutsche Politik mitgestalten und dadurch verändern.«

Politik gestalten kann man nur in der Regierung. Bernd Lucke will also offensichtlich unbedingt keine Opposi-

tionarbeit leisten. Er möchte regieren. Das Leisten von Oppositionarbeit bezeichnet er gerne als »Fundamentalopposition« und damit als destruktiv. Dass aber Deutschland genau das gerade braucht, nämlich eine Opposition, die sich dem politischen Zusammenwirken aller anderen Parteien entgegenstellt, scheint er zu übersehen.

»Wir treten allen Versuchen entgegen, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU ergebenden Souveränitätsbeschränkungen zum Anlass zu nehmen, verdeckt den Austritt Deutschlands aus der EU zu fordern.«

In einer AfD nach Bernd Lucke ist es uns auch bei zunehmender Übertragung immer weiterer Souveränitätsrechte auf die Ebene der EU nicht möglich, den Austritt aus der EU zu fordern, mindestens um damit eine Verhandlungsposition aufzubauen – wie dies aktuell der britische Premierminister tut. Luckes Bekenntnis zur EU ist uneingeschränkt und an keine Bedingungen geknüpft. In praktischer Umsetzung dieser Anschauung agiert er ganz aktuell im Parlament in Brüssel: Er unterstützt die Initiative der EU-Kommission, die Steuergesetzgebungskompetenz auf die Ebene der EU zu heben. Die Kommission möchte die Steuerbemessungsgrundlage für Körperschaften europäisch vereinheitlichen. Bernd Lucke unterstützt dies ausdrücklich – im Namen von Transparenz und Gerechtigkeit.

In einer E-Mail an alle Mitglieder vom 11. Mai 2015 hat er darüber hinaus zwei Gruppen in der Partei ausgemacht, die nach ihm ausdrücklich unvereinbar miteinander sind. Er schreibt wörtlich: »Ich glaube nicht, dass Appelle zur Geschlossenheit hier weiterhelfen. Die Grundvorstellungen dieser beiden Gruppen sind unvereinbar.«

Von welchen Gruppen spricht er nun? Die eine Gruppe, so schreibt er, kritisiere »wichtige politische Fehlentwicklungen (zum Beispiel den Euro, die Energiepolitik, die Bildungspolitik, Einwanderungsgesetze, Demokratiedefizit), akzeptiere aber die wesentlichen gesellschaftlichen Grundent-

scheidungen der Bundesrepublik Deutschland. Einer anderen Gruppe unterstellt er, diese infrage zu stellen, weil sie »in unterschiedlichsten Akzentsetzungen« sich z.B. »antietatistisch« äußert.

Etatismus ist nach der Definition der Bundeszentrale für politische Bildung die Bezeichnung für eine politische Anschauung, die dem Staat eine alles überragende Bedeutung im wirtschaftlichen und sozialen Leben einräumt und die in der Regel mit einer zentralistischen Staatsauffassung verbunden ist. Nun mag man der Ansicht sein, dass dies eine richtige Grundausrichtung für einen Staat ist. Gleichwohl



dürfte man annehmen, dass innerhalb der Partei Alternative für Deutschland der überwiegende Teil genau das Gegenteil davon anstrebt – und also »antietatistisch« denkt. In seiner E-Mail vom 11. Mai hat Bernd Lucke allerdings unmissverständlich klargemacht, dass diese Position mit seiner unvereinbar ist.

Worum geht es also bei der Entscheidung über die zukünftige Führung in der AfD? Es geht genau darum, ob die Positionen des Bernd Lucke mehrheitsfähig werden, ob er die programmatische Debatte weiter in seinem Sinne prägt und auch das Programm in seinem Sinne beeinflussen wird – oder ob die AfD eine neue Partei im Rahmen der politischen Parteienlandschaft in Deutschland werden kann. Immer wieder betont Bernd Lucke eines: Er wird die Partei nur führen, wenn sie seinen programmatischen Vorstellungen entspricht. Und mit allen seinen Versuchen der letzten Monate hat er gezeigt, dass er auch mit Gewalt bereit ist, die Partei programmatisch auf seine Linie zu bürsten. ■

Ein Artikel der Redaktion von www.freiewelt.net



DF holt 21%

Es läuft gut im Staate Dänemark

Die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) kletterte bei den Parlamentswahlen auf über 21%. Die als „rechtspopulistisch“ etikettierte Partei hat einen langen Weg hinter sich: Im Jahr 1998 stieg sie mit 7,4% in die politische Arena ein und kegelte nach einem Zwischenhoch (2013: 13,9%) nun den Medienliebbling, die linksliberale Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt (Sozialdemokraten) – eine EU-Trompete sondergleichen – aus dem Amt. **Unsere AfD, die mit der DF in der ECR-Fraktion verbunden ist, hat allen Grund, ihren Aufstieg zu studieren.** Auf einer Veranstaltung am 25. Juni in Mainz lobte Bernd Lucke ausdrücklich die Arbeit unserer dänischen Kollegen. Die DF habe sich von „radikalen“ Elementen getrennt und ihre bürgerliche Seriosität ausgebaut. Einfacher ausgedrückt: mehr Euro-, weniger Zuwanderungskritik. Der Erfolg der DF sei – verkürzt wiedergegeben – also das Ergebnis einer Art dänischen „Lucke-Kurses“. Der Erfolg hat gemeinhin viele Väter, der Misserfolg bleibt ein Waisenkind. Tatsächlich hat die DF insbesondere auf die fundamentale Kritik an der linksliberalen Einwanderungspraxis gesetzt; die Kritik an EU und Euro ergänzten diesen Ansatz. Sie musste sich deshalb einem Trommelfeuer der Etablierten in Politik und Medien erwehren. Wer das politisch korrekt vergiftete Schweden, in dem jede abweichende Äußerung zum Drahtseilakt gerät, kennt, kann sich dies lebhaft ausmalen. Im Gegensatz zur abgestraften Sozialdemokratie hat sich die DF einen Sozialpatriotismus auf die Fahnen geschrieben, der gut durchdacht ist: Der ausgebaute dänische Sozialstaat beruht auf dem Verantwortungsgefühl der Landsleute und bezieht dadurch eine starke innere Legitimation.

Der DF ist bewusst, dass klassische Einwanderungsländer eben keine Sozialstaaten skandinavischer Prägung sind. Eine ähnliche Auffassung vertritt der Migrationsforscher Paul Collier: Mit einer ungesteuerten Einwanderung sinkt das Verantwortungsgefühl, klaglos zum Sozialstaat beizutragen, rapide.

Im Vergleich zur Politik der DF erschien der typisch sozialdemokratische Ansatz, durch offene Grenzen jeden am Sozialstaat eines kleinen Landes umstandslos teilhaben zu lassen, zunehmend verantwortungslos, fahrlässig und als Abkehr vom dänischen Weg. Wie in Deutschland kann auch die dänische Sozialdemokratie mit diesen Ansichten nichts mehr anfangen. Es ist im parteinahen Milieu der Zeit-Leser Mode, jene als Spießbürger zu verhöhnen, die durch ein geordnetes Erwerbsleben den Sozialstaat erhalten. Die Dänen entschieden sich für DF, nicht weil sie Chauvinisten sind, sondern ihre Politik naheliegend ist und einer Logik folgt. Diese ist weder „hipp“ noch mondän, dafür aber wetterfest. Der Politikwissenschaftler Franz Walter hat Parteien wie die DF als Teil einer neuen europäischen Sozialdemokratie bezeichnet, weil ihre Politik im Hinblick auf die soziale Frage eben glaubwürdiger ist. Für uns gilt: Belohnt wird nicht der Beginn, sondern das Durchhalten. ■



Joachim Paul
Landesvorstand
Rheinland-Pfalz

Gründungsmythos AfD

Wie haben wir uns eine AfD vorzustellen,
die ihren historischen Auftrag erfüllen kann?

Foto: dpa - picture alliance



Dies ist die entscheidende Frage, die sich in diesen Tagen stellt. Ihre Beantwortung verlangt zumindest eine kurze Beschreibung des „historischen Auftrags“. Denn unsere Partei und unser aller Arbeit darin ist kein Selbstzweck, sondern dient der Erreichung eines Zieles. Zur Zielerreichung braucht man dann geeignete Mittel.

Warum also sind wir im April 2013 in Berlin zusammengekommen? Wer waren die Menschen und welche Hoffnungen haben sie mit dem Projekt AfD verbunden? Was also war und ist der Gründungsmythos der AfD?

Da wir bekanntlich kein Gründungsmanifest beraten und verabschiedet haben, waren der Phantasie und persönlichen Wunschvorstellungen ein breiter Raum gelassen. Die vielen Gespräche, die man in euphorischer Stimmung mit vielen fremden Menschen führen konnte, hatten dennoch große Gemeinsamkeiten. Es gab ihn, den ganz speziellen „Geist dieses Gründungstages“. Wenn man versucht, ihn zu konkretisieren, dann könnte man das

vielleicht folgendermaßen tun:

Es muss in diesem Land eine neue Partei geben, die anders funktioniert als die „etablierten“ Parteien.

Es findet in diesen Parteien weder innerparteiliche Demokratie statt noch sind sie glaubwürdige Träger einer demokratischen Willensbildung vom Volk als eigentlichem Träger der staatlichen Souveränität zum Staat.

Es hat sich eine politische Elite herausgebildet und verselbständigt, welche ihre Herrschaftsmacht missbraucht zur Befriedigung ihrer persönlichen materiellen und Machtinteressen und derer der gesamten politischen Oligarchie (griech.: Herrschaft der Wenigen). Die seit 1990 rapide fallende Wahlbeteiligung ist ein Beweis für die Richtigkeit dieser Analyse.

Die Europapolitik und insbesondere die Europapolitik ist der Beweis dafür, dass Politik gegen die legitimen Interessen der eigenen Bevölkerung betrieben wird. Die nationale politische Elite ist mit der euro-

päischen zu einer Eurokratie verschmolzen. In einem Mammutstaat Europa mit 500.000.000 Einwohnern lässt sich eine illegitime, weil undemokratische, Herrschaft noch leichter realisieren als im nationalen Rahmen.

Der einzelne „Bürger“ wird ein entrechtetes Individuum, das selbst in der Organisation als politische Gruppe keinerlei Einfluss mehr auf den Gang der Staatsgeschäfte nehmen kann. Orwellsche und babylonische Verhältnisse werden in Europa eintreten, die letztlich den Kontinent zerreißen und zerstören.

Die ordnende Kraft eines Nationalstaates, die dem Einzelnen einen kulturellen Identifikationsraum gibt und die in der Lage ist, auch das Individuum zu schützen, wird zerstört. An seine Stelle tritt nichts. Es entsteht Leere. Denn die alte Phantasmagorie vom Weltstaat war immer eine Utopie so wie die eigentumslose und die Gesellschaft der entindividualisierten Gleichen. Und solche Utopien waren immer „links“, weil wirklichkeitsverachtend.

Diese Bestrebungen gehen einher mit der Zerstörung der klassischen Familie und zwar der auf dem Fundament christlicher Wertvorstellungen. Und dazu gehört - zu seiner Entstehungszeit als revolutionär empfunden - die Gleichheit von Mann und Frau. Beide tragen nach christlicher Vorstellung Gottes Angesicht. Tiefe Begründungen für eine Ethik menschlichen Zusammenlebens. Diese sollen durch soziologische Wortspielereien ersetzt werden. Auch die Familie ist elementarer Ort der Identifikation, der wohl elementarste, und Ort der Geborgenheit des Individuums. Seine Zerstörung perfektioniert die Atomisierung des Individuums in der Weltgesellschaft.

Wer die Mühen der Kollegialität scheut, gehört nicht in ein Führungsamt der AfD.

So oder in ähnlicher Weise konnte man es raunen hören im Saal, auf den Fluren und beim abendlichen Umtrunk mit bis dahin völlig fremden Menschen. Und alle verband die Hoffnung, dass eine Bürgerbewegung entstehen würde, die auch im Gewand einer Partei sich dieser Entwicklung entgegenstellen würde. Sowohl die Fantasien über die Formen des innerparteilichen Lebens als auch die konkreten Formulierungen der politischen Inhalte würden sich an diesem Befund ausrichten. Dies sei unser historischer Auftrag. Und dies war die beflügelnde Kraft, welche die kleine Schar der AfD-Mitglieder, der Förderer und vieler Bürger als Sympathisanten getragen hat im Bundestagswahlkampf 2013, und die 5 Monate nach dieser Parteigründung das historisch immer noch einmalige Ergebnis zustande gebracht hat.

Die erste und wichtigste Aufgabe sollte und muss es daher sein, die Partei einer Bürgerbewegung zu entwickeln. Was heißt das? Bürgerbewegungen haben sich vielfach entwickelt als Ventil für versagende Parteien. Sie tragen daher den gleichen Impuls in sich wie viele unserer Mitglieder. Das heißt, es muss partizipativer zugehen bei uns als in „verkrusteten“ Parteien. Das einzelne Mitglied muss intensivere Mitgestaltungsmöglichkeiten haben als anderwärts. Dies muss sich in Satzungs-vorschriften über Einberufungs-

rechte, Antragsrechte, Rechte auf freie Meinungsäußerung, Minderheitenschutzrechte, Beteiligung an Haushaltsaufstellungen, an Programmprozessen und den Regeln dazu niederschlagen.

Auch die Fragen einer kollegialen oder eher hierarchischen Spitze, der Kompetenz und der Kontrollbefugnis der Legislativorgane gegenüber den Exekutivorganen, sprich Vorständen, sind von überragender Bedeutung.

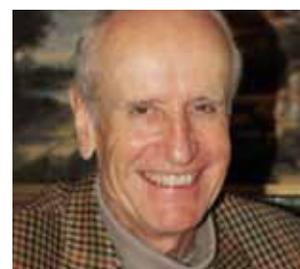
Und schließlich die Struktur und der Charakter der Persönlichkeiten, die wir in Führungsämter wählen: Dort kulminiert alles. Sie prägen den Stil der Führungs- und Kommunikationskultur einer ganzen Partei, zumal dann, wenn diese noch so klein ist wie unsere.

Und wie sieht es bei all dem aus? Vieles hat sich im Satzungsprozess gezeigt, einiges im Programmprozess und das Aufschlussreichste am Führungsverhalten von Leitfiguren. Der Satzungsprozess fing vielversprechend an, wurde unterwegs manipulativ beeinflusst und am Ende seiner maßgeblichen Innovationsversuche gegenüber anderen Parteien beraubt. Der Programmprozess gerät zunehmend in eine schwierige Phase. Es wird auf die zeitnahen Personalentscheidungen in hohem Maße ankommen, ob sich der Aufbruchgeist einer Bürgerbewegung durchsetzt oder die Glättungsbemühungen von Minimalisten. Annäherung durch Anpassung oder Veränderung durch intellektuelle Radikalität. Das ist die Frage.

Talente in der Partei entdecken und fördern, statt Kampf gegen den Konkurrenz-

ten. Ernstnehmen und Einbeziehen statt Ausgrenzen und persönlicher Diffamierung. Themenfelder öffnen statt Rote-Linien-Ziehen. Nur das gibt uns die Chance, eine große Bürgerbewegung zu werden. Davon ist allerdings nichts zu spüren. Autoritarismus, „Kontrollzwang“, Besserwisseri und Rechthaberei prägen den Führungsalltag maßgeblicher Amtsinhaber. Ja, persönliche Nachstellungen und Verunglimpfungen sind inzwischen Alltag im Parteileben. Hier braucht es eine radikale Wende. Wer die Mühen der Kollegialität scheut, das echte offene Gespräch nicht führen kann und seine persönlichen Machtansprüche nicht den Zielen einer lebendigen Bürgerbewegung unterordnen kann, gehört nicht in ein Führungsamt der AfD. Er zerstört die kulturelle Basis eines respektvollen Umgangs miteinander, die notwendige Bedingung ist für eine qualitätsvolle Konsensfindung im Programmprozess und ein solidarisches Zusammenstehen in der politischen Auseinandersetzung mit den Gegnern.

Diese Erkenntnisse müssen uns leiten auf dem Essener Parteitag. ■



Albrecht Glaser
Landevorstand Hessen



Mehr Freiheit durch weniger EU!

JA-Bundesvorsitzender Markus Frohnmaier über EU-Reglementierungen, die deutsche Politik und die notwendige Alternative für Deutschland

Bislang war es problemlos möglich, Urlaubsfotos vor öffentlichen Gebäuden zu machen und diese auch in sozialen Netzwerken zu teilen – dank der sogenannten „Panoramafreiheit“, die besagt, dass alles fotografiert und verbreitet werden darf, was öffentlich zugänglich ist. Das könnte sich bald ändern, denn die EU plant eine Reform des Urheberrechts, welche das künftig deutlich erschweren wird und zu Abmahnungen führen könnte, wenn man entsprechende Fotos veröffentlicht.

Diese skurrile Posse reiht sich ein in einen EU-Regulierungswahn, der mittlerweile grenzenlose Ausmaße annimmt. Wir erinnern uns an Staubsaugerverordnungen, Gurkenkrümmung, die Regulierung der Toilettenspülung und viele weitere absurde Ideen aus dem Brüsseler Bürokratenschungel. Viel zu oft und immer wieder beschäftigt sich das, was die Eurokraten „demokratisch“ nennen, mit unwichtigen Dingen – öfter noch mit Dingen, die die Lebensrealität der Europäer

Wir brauchen eine Alternative, die klare Worte findet

erschweren. Während in Brüssel über ein Urheberrecht als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für abmahnende Anwälte diskutiert wird, kollabieren ganze Städte am Zustrom von Asylbewerbern, werden Sparguthaben durch die Eurokrise entwertet und sinkt die Wahlbeteiligung, weil die Politik vor Ort kaum noch etwas zu entscheiden hat – alles macht Brüssel. Die EU – einst gestartet als Friedensprojekt – ist mittlerweile vor allem ein Moloch geworden, der sich vor allem gegen bürgerliche Freiheiten in Europa und den europäischen Nationen richtet.

Und unsere Bundesregierung? Die ist wie immer mit dabei, wenn es darum



Foto: dpa - picture alliance

geht, den deutschen Bürger zu gängeln, in sein Leben und seine bürgerlichen Freiheiten hineinzuregieren und ihm unnötige Vorschriften zu machen. Die Bundesregierung hat es bislang nicht geschafft, sich als Vertreter der eigenen nationalen Interessen schützend vor die deutschen Bürger zu stellen. Nein, vielmehr hat sie sich zum Steigbügelhalter von Autokraten und Bürokraten in Brüssel gemacht. Und als wäre das für sich genommen nicht schon schlimm genug, sind auch die Oppositionsparteien der letzten Jahre immer fleißig mit im Boot. Kein Aufbegehren gegen den Verrat an Bürgerrechten von den Grünen als vermeintliche Bürgerrechtspartei. Von der Linkspartei ist ohnehin kein echter Protest zu erwarten, kommt man doch der Illusion einer sozialistischen Weltrepublik mit jeder Abgabe von Souveränitätsrechten ein Stück näher.

Was es heute braucht, ist eine echte Alternative für Deutschland, die diesen Namen zu Recht trägt. Eine Alternative, die aufbegehrt gegen Zentralismus, Regulierungswut und den Ausverkauf nationaler Interessen. Eine Alternative, die einsteht für nationale Souveränität, Bürgerrechte,

Subsidiarität und Föderalismus, die die Interessen Deutschlands selbstbewusst formuliert und diese auch vertritt. Erreichen werden wir das nicht, indem wir unsere Inhalte möglichst blumig verpacken, indem wir hinter unsere Forderungen aus dem Jahr 2013 zurückgehen oder gar konkrete Forderungen aus unserem Programm streichen. Nein! Erreichen werden wir dies als Alternative für Deutschland, die klare Worte findet, die gesellschaftliche Debatten anstößt, die den Mut zur Wahrheit hat, die den Mut zu Deutschland hat, die den Mut zur Einheit hat und die für unser Land einsteht, selbst wenn dies den etablierten Parteien und Medien ein Dorn im Auge ist. ■



Markus Frohnmaier

Bundesvorsitzender der Jungen Alternative für Deutschland

Von Rändern und Grenzen

Von Dr. Jens Wilharm



Seit Monaten tobt in der AfD ein Flügelkampf. Diejenigen, die ihn befeuern, versuchen ihn in der öffentlichen Wahrnehmung auf einen Kampf gegen Parteimitglieder mit vorgeblich zu rechter Gesinnung zu reduzieren. Sie wollen sich vom rechten Rand abgrenzen und schwingen eine parteiinterne rechte Keule. Ganz so, wie es die AfD als gemeinsames Ganzes bisher von außen gewöhnt war. Von rot-grünen Ideologen, einigen von ihnen beherrschten Medien und Nichtregierungsorganisationen.

Darunter auch jene, die sich durch blinde Gefolgschaft abseits jeglicher Rationalität auszeichnen

Die Protagonisten in diesem parteiinternen, aber öffentlich ausgetragenen, Kampf sind diejenigen, die in der Partei unanständige Elemente entdecken wollen, von denen sie zu säubern ist. Diejenigen, die sich selbst öffentlich vom Makel einer

vermeintlichen Nähe zum Rechtsextremismus reinwaschen wollen, um möglichst zeitnah wie Phönix aus der Asche steigen und auf einer Regierungsbank Platz nehmen zu können.

Unter Ihren Claqueuren finden sich solche, denen es von Anfang an darum ging, Posten, Ämter und Funktionen in einer neuen, erfolgversprechenden Partei zu bekleiden. Weil sie ihnen womöglich schneller zu einem lukrativen Mandat verhelfen würde als es in ihren Altparteien jemals möglich gewesen wäre. Oder zu einer neuen beruflichen Perspektive. Und natürlich auch diejenigen, die sich durch blinde Gefolgschaft abseits jeglicher Rationalität auszeichnen und „Gesichter“ brauchen, denen sie nahezu bedingungslos folgen können. Bis hin zu religiös anmutender Verherrlichung. Die gab es immer und zu jeder Zeit. Es gibt sie auch hier.

Zu ihren Mitläufern zählen viele Mitglieder, die leider wenig informiert sind und immer noch glauben, die Protagonisten würden genau die Ziele am besten und

glaubwürdigsten vertreten, die sie dereinst zum Eintritt in die AfD bewogen haben. Diesen Mitgliedern muss man die Augen öffnen.

Dabei bleiben Protagonisten wie Claqueure eine einheitliche Definition der roten Linie, bei deren Überschreitung einem Parteifreund eine zu rechte Gesinnung attestiert wird bzw. er für die AfD nicht mehr tragbar ist, schuldig. Welche Meinung muss man vertreten, um sie in der AfD nicht mehr vertreten zu dürfen? Für einige innerparteiliche Inquisitoren beginnt das bereits bei der Erwähnung des Begriffes der Souveränität. In Niedersachsen haben Mitglieder im Vorfeld des 2. Teils des Landesparteitages im April 2015 versucht, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Hierzu wollten sie dem Parteitag den Beschluss eines Appells mit wenigen Thesen vorschlagen, dem vorab Vertreter beider Lager zustimmen sollten. Dieser Versuch scheiterte. Beide Lager wurden sich unter anderem nicht darüber einig, ob man sagen darf, die AfD fordere ein souveränes Deutschland oder ob die Formulierung, die AfD fordere ein starkes Deutschland, das höchste der Gefühle sei.

Dass der von Bernd Lucke unterstützte Geiger-Mitgliederentscheid ausdrücklich vorsah, Deutschland müsse aufgrund der Mitgliedschaft in NATO und EU Souveränitätseinschränkungen akzeptieren, passt hierzu. Was nicht dazu passt, ist, dass auch Bernd Lucke in seinen Reden nach wie vor sehr gern von Souveränität spricht. Wohl wissend, dass das bei vielen Zuhörern geradezu ein Zauberwort ist. Und wohl wissend, dass der informierte Teil seiner Gefolgschaft ihm dies verzeiht, weil er weiß, wie es gemeint ist, während er dem blinden und zugleich tauben Teil seiner Gefolgschaft ohnehin nichts mehr erklären muss.

Was ist denn basisdemokratiefeindlich, wenn nicht das Bild, das sich durch den Weckruf zusammenfügt?

Wo aber beginnt nun eine zu rechte Gesinnung, ab wann gehört man einer „Neuen Rechten“ an, wann ist man ultrarechts, wann rechtsextrem oder ein Nazi? Ist national-konservativ oder national-liberal schon zu weit rechts, weil das Wort ►

◀ national darin steckt? Ist jemand, der patriotische Gefühle für sein Land hegt, automatisch rechts? Ist es in einer Demokratie verwerflich, politisch rechts zu stehen, aber korrekt, politisch links zu stehen? Gilt Meinungsfreiheit nur für Linke, nicht aber für Rechte? Wodurch ist Rechtsextremismus gekennzeichnet, was fordert er? Wo beginnt Faschismus?

Sagen wir es mal so. Wenn jemand im deutschen Fernsehen von Bodensatz und Entartung spricht, mag man das damit rechtfertigen, dass das auch Andere gesagt haben. Als Mitglieder einer gemeinsamen AfD haben wir uns alle schützend vor Bernd Lucke gestellt, obwohl viele dabei Bauchschmerzen hatten. Auch viele derjenigen, die nun dem rechten Rand der Partei zugeordnet werden. Auch ich, der ich mich nach wie vor nicht einem rechten Rand zueordne.

Wenn jemand einen politischen Verein ins Leben ruft, den er Weckruf nennt, genau wie eine Parteizeitung der NSDAP, dann mag er sagen, er habe dies nicht gewusst und man mag darüber schmunzeln. Wenn jemand aber diesem politischen Verein dann auch noch eine Satzung gibt, die in weiten Teilen der Parteisatzung der AfD entspricht, aber den Mitgliedern des Vereins, im Unterschied zur Parteisatzung der AfD, nicht einmal das Recht gibt, Mitgliederentscheide zu beantragen, dann zeichnet sich so langsam ein anderes Bild. Eines von autokratischem Führungsanspruch. Und der Weckruf wirbt neuerdings auch noch damit, er sei die Basis. Was bitte ist denn basisdemokratiefeindlich, wenn nicht das Bild, das sich hier zusammenfügt?

Es geht hier gar nicht um rechts oder nicht rechts. Es geht um eine durchaus inhaltliche Auseinandersetzung um Positionen, die Bernd Lucke und seine Gefolgschaft für unvereinbar mit ihren eigenen politischen Zielen halten, aber nicht führen wollen. Da bedient man sich dann gern der rechten Keule. Die rechte Keule hat nur ein Ziel, und das gilt inner- wie außerparteilich. Sie soll die Diskussion um Inhalte im Ansatz unterbinden. Wer diese Keule schwingt, der tut es, um sich unbequemen Wahrheiten nicht stellen zu müssen.

Wenn jemand nicht nur ein souveränes Deutschland fordert, sondern auch

noch über Fragen politisch diskutieren möchte, die damit und mit dem seit Ende des zweiten Weltkrieges existierenden Sonderstatus Deutschlands zusammenhängen, ist der dann ein Rechtsradikaler oder mindestens unanständig und gehört nicht in die AfD? Ich meine nicht. Wer Meinungsfreiheit bejaht und wer Wahrheiten nicht verschweigen möchte, der muss auch die Diskussion über einen nicht vorhandenen Friedensvertrag, die Inhalte des Zwei-plus-Vier-Vertrages, die Inhalte des Grundgesetzes, die Verfassung unseres Landes und

„Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD“, sagte Lucke, der der „Sprecher“ der Partei ist. Lucke sieht im Einbinden rechter Protestwähler eine Funktion der AfD, denn diese seien nicht von vornherein extremistisch. „Ohne uns“, so der AfD-Chef, „gäbe es die Gefahr, dass enttäuschte Wähler, die eigentlich gar nicht rechts sind, aus Protest extremistische Parteien wählen“.

Quelle: Handelsblatt, 15.05.2013

die UN-Feindstaatenklauseln zulassen. 70 Jahre nach Kriegsende muss das möglich sein. Und zwar ganz nüchtern, ergebnisoffen und auch dann, wenn man das für völlig überflüssig hält, weil das Grundgesetz möglicherweise eine gute Verfassung darstellt. Und auch eine bessere Verfassung als die, die wir vermutlich bekommen würden, wenn man diejenigen daran arbeiten ließe, die derzeit die Meinungshoheit in unserem Lande haben.

Für manche mag die Befassung mit solchen Fragen von großer Wichtigkeit sein, für andere weniger, für wieder andere nicht opportun, für manche gar gefährlich und für weitere völlig belanglos. Wie auch immer man dazu steht, so muss man sich

doch über eines einig sein. Meinungs- und Denkverbote darf es in einer erwachsenen Demokratie nicht geben.

Ich persönlich kenne niemanden in der AfD, der Forderungen stellen würde, die darüber hinausgehen. Wo also sind sie, die Neuen Rechten und Unanständigen, von denen man die Partei säubern müsste? Im vergangenen Jahr kannte auch ein Hans Olaf Henkel keine. Irgendwo mag es ja einen geben. Jedoch achtet die AfD wie keine zweite Partei darauf, dass ihr keine ehemaligen Mitglieder der N-Partei beitreten. Ganz im Gegensatz zu mancher Altpartei.

Es ist Zeit, die destruktive Diskussion um einen rechten Rand in der AfD unverzüglich zu beenden. Ob es Lucke und Henkel nun wollen oder nicht. Sie müssen die inhaltliche Diskussion führen und den Mitgliedern zum Beispiel erklären, warum TTIP im Prinzip eine gute Sache ist, warum Deutschland nicht so richtig souverän sein darf, warum wir Einwanderung brauchen, warum die Einwanderer ihre Sprache und Kultur selbstverständlich erhalten sollen, warum Moscheen gut sind, warum es keine Islamisierung in Deutschland gibt, warum es auch Multikulti gar nicht gibt, warum direkte Demokratie allenfalls in wenigen Fragen eine gute Sache ist, warum zu viel Basisdemokratie für Parteien oder Vereine nicht förderlich ist und warum selbst die Gender-Ideologie nicht bekämpft werden sollte.

Rechts von der heutigen CDU und links von rechtsextremen Parteien gibt es eine riesengroße Lücke, die die größte Chance für eine neue Partei bietet, die es in Deutschland seit Jahren gibt, weil die CDU um Welten nach links gerückt ist. Dieser Bereich ist nicht ultrarechts und wenn man sich dort aufhält, ist man auch nicht unanständig. Er ist rechts im ganz normalen demokratischen Spektrum.

Es bedarf einer Persönlichkeit mit besonders integrativen Fähigkeiten und ausgeprägter Teamfähigkeit, um die Strömungen der AfD unter einem Dach zu vereinigen. Die hat ein Bernd Lucke nach eigener Aussage nicht. Der Anspruch allerdings, alle Protagonisten aller Strömungen in der Partei halten zu wollen, dürfte ein übermenschlicher sein. ■

Dr. Jens Wilham, Niedersachsen

Von der Basis – für die Basis

Beatrix von Storch über die Themen der Programmarbeit der AfD



Foto: demotix – Roland Gröbe

Wir als AfD haben gemeinsam eine große Chance, wenn wir uns auf die Programmarbeit konzentrieren. Weil das Programm noch nicht steht, musste die Partei den Versuch eines meinungsbegrenzenden Richtungs-Mitgliederentscheids ertragen und ist nun dem Weckruf zur politischen Verengung der AfD ausgesetzt. Unser Programm wird den Amts- und Mandatsträgern Leitplanken geben. Es darf aber nicht so sein, dass der Vorsitzende mit seinen programmatischen Vorstellungen die Basis an die Kette legt.

Der Vorsitzende darf mit seinen programmatischen Vorstellungen die Basis nicht an die Kette legen

Die AfD ist gegen den Euro und seine „Rettung“. Wir wollen ihn abwickeln. Damit verletzt die AfD deutsche Staatsraison. Denn es ist der grundlegende Konsens der deutschen EU-Politik gewesen, dass sich Deutschland finanziell und anderweitig aufopfert, um zum Gelingen der europäischen Einigung beizutragen. Der Euro ist das tragende Element dieses Unterfangens. Die AfD bricht mit diesem Konsens und ist daher nicht koalitionsfähig. Aus diesem Bruch mit dem Bestehenden folgt nicht, dass die AfD gegen europäische Zusam-

menarbeit ist. Es geht allerdings um eine Neubestimmung der deutschen Rolle im Verhältnis zur EU.

Deutschland steht in der Mitte Europas. Es lebt seit Jahrhunderten vom grenzüberschreitenden Handel. Freier Handel mit allen seinen nahen und fernen Nachbarn ist daher notwendig. Denn wo Güter die Grenzen nicht überqueren dürfen, da werden es Armeen tun. Deutschland muss sich damit einer neuen Blockpolitik verweigern, wenn diese dazu führt, dass Wirtschaftsräume voneinander abgeschottet werden.

Deutschland ist wettbewerbsfähig genug, um Güter aus aller Herren Länder über seine Grenzen zu lassen. Der Wettbewerb nützt deutschen Unternehmen, die ihn immer gut bestanden haben. Und er nützt den Verbrauchern, deren Wohlstand steigt. Ich lehne TTIP wegen seiner Intransparenz und der Aushöhlung des Rechtsstaats durch die Schiedsgerichte ab, aber nicht wegen der Senkung der Zölle. TTIP leistet zudem einer neuen Blockpolitik Vorschub und bringt das transatlantische Bündnis in Stellung gegen Wettbewerb aus Russland und China. Statt mit Zöllen sollen gemeinsame und hohe Standards der Konkurrenz den Marktzugang erschweren.

Diese neue Blockpolitik kommt auch in den Sanktionen gegen Russland zum

Ausdruck. Ich bin kein Fan von Putin. Doch Deutschland muss seine geostrategische Lage berücksichtigen. Daher brauchen wir im Ergebnis mehr als alle anderen eine Partnerschaft mit Russland. Freihandel statt Sanktionen sollte unser Motto sein. Putin hatte das bereits angeboten. Deutschland braucht Frieden, Freundschaft und Freihandel mit allen Nachbarn.

Deutschland und der so genannte freie Westen sind auf dem besten Wege, ihre Stellung als Leuchtturm der Freiheit in der Welt zu verlieren. Die Bürger sollen ertragen, wie Sicherheitsbehörden und Geheimdienste alle ihre Daten auf Vorrat speichern wollen und sie durch die zunehmende Kriminalisierung des Bargelds, die langfristig auf ein Verbot hinausläuft, zu potentiellen Verbrechern stigmatisieren. Freiheit geht anders!

Nicht weniger gilt dies für den bemeidenswertesten Zustand der von Verboten gegängelten Unternehmer und Steuerzahler. Die Abgabenquote eines Angestellten liegt sicher deutlich über 70 Prozent des Arbeitgeberbruttos. Ausnahmslos wird die Bevölkerung in Zwangsorganisationen gepresst, sei es in die durchweg bankrotten Sozialversicherungen, in die Industrie- und Handelskammern oder in Schulen, die unseren Kindern zwar immer schlechter Mathematik beibringen, aber dafür erklären, wie man Bordelle gründet und sich Gegenstände in Körperöffnungen einführt. Um das alles besser zu glauben, bezahlen wir diese Propaganda mit unseren GEZ-Gebühren.

Unsere Aufgabe als AfD ist es, diese Programmatik klar und ohne Abstriche zu vertreten. Wir müssen in Deutschland das ersetzen, was es in viel zu vielen Bereichen nicht mehr gibt: Eine Opposition, die den Namen auch verdient. Vertreten wir unsere Linie klar und unmissverständlich, beteiligen wir uns nicht an irgendwelchen faulen Kompromissen, sondern haben wir – und vor allem behalten wir – den Mut zur Wahrheit! ■

Beatrix von Storch, MdEP

Und am Ende zahlen immer die ??? ... Deutschen

Von Paul Hampel, Landesvorsitzender AfD-Niedersachsen

Sagt Ihnen, liebe Leser, das Kürzel „ELA“ etwas? Oder „Target2“? Nein? Dann ist es ja gut. Denn diese Begriffe sollen Sie auch gar nicht kennen. Zumindest wünschen sich dies so gut wie alle politisch Handelnden in Deutschland und erst recht in Europa. Machen wir es kurz und schmerzlos. ELA steht für Emergency Liquidity Assistance (Notkredithilfe) und Target2 ist, einfach ausgedrückt, ein Kreditkonto, bei dem unsere europäischen Nachbarn ihre Einkäufe in Deutschland (an sich nur kurzfristig) anschreiben lassen können. Hinter diesen beiden unscheinbaren Begriffen verstecken sich Milliardensummen, die ungeachtet der schon existierenden Schulden zum Soll-Konto der Hellenen dazuaddiert werden müssen. Es soll dem dummen deutschen Michel nur nicht bewußt werden. Erinnern Sie sich, daß es in den vergangenen Wochen immer um Athens Ratenzahlung in Höhe von 1.6 Mrd Euro als Rückzahlung an den Internationalen Währungsfond IWF ging. An dieser, fast möchte man sagen kleinen Summe scheiterten die Verhandlungen mit den europäischen Finanzministern in den letzten Tagen. Nur in Nebensätzen berichteten die Nachrichten, daß Mario Draghi und seine EZB im Rahmen des ELA-Programms den griechischen Banken ein Vielfaches, nämlich frische 60

Verträge müssen gehalten werden

Milliarden Euro überwiesen hatten, damit diese zahlungsfähig blieben und über genug Bares verfügten. Weitere 80 -90 Mrd. Euro sollen folgen oder sind schon überwiesen. Die Bringschuld Athens bei den oben erwähnten Target2-Konten beträgt nochmals knapp 95 Mrd. Euro (Stand Mai 2015). Addiert man nun diese Summen anteilig (Deutschlands Anteil in der EU beträgt 26%) zu den knapp 180 Mrd. Euro hinzu, die Griechenland allein der Bundes-



Foto: dpa - picture alliance

republik schuldet, so dürfte man bei ca. 300 Mrd. Euro landen, für die Deutschland haftet und die unser Land früher oder später bezahlen muss. Für uns alle sind dies inzwischen unvorstellbare Summen und manch einer wendet sich bei solchen Additionen ernüchert oder verständnislos ab. Schlimmer, viele haben sich fast daran gewöhnt. Dabei geschieht hier gerade Unglaubliches. Es gehört zur Gründungsidee der AfD, daß wir den Bruch der Maastricht-Kriterien verurteilt, dass wir immer wieder die Einhaltung der europäischen Verträge gefordert haben. Pacta sunt servanda, sagten die Römer, Verträge müssen gehalten werden. Diese Regel hat nie an Aktualität verloren. Mehr noch, sie ist schon seit vielen Jahrhunderten Maxime allen privaten und staatlichen Handelns in unserem Land. Man mag das preußische Beamtentum manchmal überkorrekt, schwerfällig und behäbig nennen. Aber es war die Grundlage für Deutschlands wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung seit Mitte des 18. Jahrhunderts. Das grundsätzliche Streben nach Verlässlichkeit einte alle Schichten des Volkes. Hinzu kommt ein kollektiver Anspruch, seine „Sache gut zu machen“; sich nicht mit dem Mittelmaß zu begnügen. Damit wir uns nicht falsch verstehen: auch die Deutschen sind keine Engel, nicht jeder erfüllt diese Prinzipien. Ent-

scheidend ist, daß sie von der übergroßen Mehrzahl der Deutschen akzeptiert und gelebt wurden und werden. Im deutschen mittelständischen Unternehmen steht immer noch die Kundenbindung hoch im Kurs, arbeitet man am liebsten mit bewährten Partnern zusammen. Lange Zeit galt dies sogar und auch für die deutschen Banken. Die Buchhalter der Nord LB, die noch am Pleitetag der Lehman Brother Bank 300 Mio überwiesen, meinten völlig korrekt gehandelt zu haben. Denn der Anspruch war ja berechtigt und die Zahlung an dem Tage fällig. Man kann das belächeln. Man kann aber auch Respekt vor einem solchen Verhalten haben. Ein solcher Geist hat es schwer in Zeiten, da englische und amerikanische Geschäftsprinzipien die Welt beherrschen. Dort ist der Quick buck, das schnelle Geld, entscheidend, auch wenn es gilt, den Geschäftspartner übers Ohr zu hauen. Gewiefte Anwälte (die Plage des 20. und 21. Jahrhunderts) werden sie schon irgendwie rausbauen. Dieses Denken hat sich schon längst auch der Politik bemächtigt. In Zeiten kurzer Legislaturperioden gilt der kurzfristige Erfolg ohne Rücksicht auf die Folgen (Mindestlohn, Rente mit 63). Die Lügen der Wahlversprechen (kein Land muß für die Schulden der anderen EU-Länder geradestehen) sind da schon mehr als das „übers Ohr hauen“. Das geltende

Recht und bestehende Verträge in einem solchen Ausmaß zu beugen, haben sich vorher nur Diktaturen angemaßt. Schlimmer noch, der inflationsartige Anstieg der Rechtsbrüche ist fast alltäglich geworden. Wer denkt noch an den feinen Unterschied von Gelöbnis und Eid. Als Soldat der Bundeswehr nehme ich mir fest vor (also ich gelobe) der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen. Von unseren Beamten, also auch unseren Ministern und Kanzlern verlangen wir mehr. Der Schwur, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm zu wenden, ist eben keine Floskel, keine leere Sprechhülle. Es ist ein Eid. Ein Bruch des Eides ist in der Rechtsprechung (z. Bsp. die eidesstattliche Versicherung) nicht von ungefähr strafbewehrt. Welche Schlußfolgerung muß man da angesichts der Verpfändung von hunderten von Milliarden deutscher Steuergelder (und damit

In Zeiten kurzer Legislaturperioden gilt der kurzfristige Erfolg ohne Rücksicht auf die Folgen

deutschen Volksvermögens) logischerweise ziehen? Die Begehrlichkeiten unserer europäischen Partner mögen aus ihrer Sicht legitim sein. Hier spielt jedes Land seine nationalen Interessen aus. Dem nicht zu widersprechen, nicht im Interesse der Bürger unseres Landes zu handeln, nicht auf die Einhaltung der Verträge zu pochen, nicht dem Amtseid zu folgen, dokumentiert das ungeheuerliche Versagen unserer Politiker. Was in Jahrzehnten nach dem Krieg an Vermögen hart erarbeitet wurde, wird einer Melodie geopfert, die man in allen europäischen Hauptstädten von den Dächern pfeift. Und die heisst: egal was uns die europäische Krise kosten wird - am Ende zahlen immer die Deutschen! ■



Paul Hampel

Landesvorsitzender der AfD-Niedersachsen

Schluss mit dem Gezänk!

Von Petr Bystron

Seit Wochen herrscht in der Führungsspitze der AfD ein erbitterter Machtkampf - Bernd Lucke gegen Frauke Petry. Die eigenen Mitglieder werden über die Presse verunglimpft, „Säuberungen“ von „rechten Elementen“ gefordert. Resolutionen, Mitgliederentscheide, Urteile des Bundesschiedsgerichts – all das nutzte nichts. In Essen kommt es zum Showdown. Die Mitglieder wollen vor allem eines: Eine klare Entscheidung und Ende der Zwistigkeiten.

Es hat schon länger geknarzt im Gebälk des Bundesvorstandes. Doch die Wahlkämpfe ließen die Streithähne stets zusammenrücken. Doch seit der Bremen-Wahl ging das Gemetzel los. Jetzt zeigt sich, dass man eine Partei nicht aus Brüssel per Mail führen kann. Ein Bundesvorsitzender einer Partei, zumal einer, die den Anspruch erhebt, eine Volkspartei zu sein, muss täglich in Deutschland präsent sein, er muss den Finger am Puls des politischen Geschehens haben. Jeder von uns hat schon die Erfahrung gemacht, wie abgeschnitten man sich fühlt, alleine wenn man für zwei Wochen im Urlaub ist.

Die Mitglieder haben mit Bernd Lucke einen Vertrag geschlossen: Sie wählten ihn ins Europaparlament, damit er für seine Familie ein sicheres Auskommen hat. Und: Damit er sich voll auf den Aufbau der Partei konzentrieren kann. Doch Bernd Lucke brach diese Vereinbarung. Er zog nach Brüssel um, arbeitete lieber in den Ausschüssen eines Scheinparlamentes. Er ging darin auf, „im System zu arbeiten“ (wie er es ausdrückt) anstatt es zu bekämpfen. Dazu befragt, antwortete er, er habe ein Mandat, das

er erfüllen möchte. Das Sinnbild für seine Unterwürfigkeit dem System gegenüber war seine übereilige Gratulation und Verbeugung vor Jean-Claude Juncker nach seiner Wahl zum Präsidenten der EU-Kommission.

Doch die Alternative ist keine Systempartei. Die Alternative wurde 2013 mit dem Anspruch gegründet, eben das bestehende System zu hinterfragen, zu allererst die undemokratischen Strukturen in Brüssel. Das Ziel der meisten Mitglieder ist es, die fortschreitende Machtverlagerung nach Brüssel zu unterbinden. Die meisten Mitglieder der Alternative wollen

die Stärkung Deutschlands, nicht die Mitarbeit im Apparat der EU-Bürokratie.

Es ist ein Fehler von Bernd Lucke, den Willen der Mehrheit der Mitglieder zu ignorieren und seine eigenen

Vorstellungen zum einzig gültigen Maßstab für die gesamte Partei zu erklären. Er hat mit seiner überheblichen Haltung in den letzten Wochen den Kredit verspielt, den er sich in der Gründungsphase erworben hatte.

Nicht die AfD ist nämlich das „baby“ von Bernd Lucke. Es ist umgekehrt: Bernd Lucke verdankt seine Bekanntheit und seine mediale Präsenz der AfD. Er wurde in die TV-Talkrunden eingeladen, weil er die AfD repräsentierte. Sollte der Parteitag jemanden anderen zum Sprecher der Partei wählen, wird diese Person sehr schnell zum neuen Gesicht der Partei werden. Und Bernd Lucke bleibt ein fleißiger, kompetenter EU-Abgeordneter, der sein Fachwissen im Finanzausschuss des EU-Parlaments einbringt. ■

Die Alternative ist keine Systempartei



Fragen an Dr. Frauke Petry

Frauke Petry stellt sich Ende Juni in München den kritischen Fragen von AfD-Mitgliedern

Zu Beginn der Veranstaltung betont Frau Petry, dass die Kommunikation zwischen Bundesvorstand der AfD und der Basis sehr wichtig ist, also die verschiedenen Ebenen miteinander auch vertikal kommunizieren müssten. Die AfD sei nicht nur über Rund-Mails zu regieren. Zum abgesagten Parteitag in Kassel bemerkte Frau Petry, dass dieser ohne begründete Faktenlage abgesagt wurde (das Schiedsgericht hatte vor der Absage die juristische Lage noch nicht abschließend geklärt!). Ebenso sei keine endgültige Rechtssicherheit für den künftigen Parteitag in Essen gegeben. Bereits die Einladung zeige schwere Mängel. Zudem werde auch dieser Parteitag sehr teuer werden und es bestehe die begründete Gefahr, dass er ebenso angefochten wird, weil z.B. zu einem außerordentlichen Parteitag ein außerordentlicher Beratungsgegenstand schon in der Einladung genannt werden muss. Dazu gehören nicht die Nennung der Tagesordnung oder turnusmäßige Vorstandswahlen. Eine mögliche Begründung wäre der Rücktritt des gesamten Vorstandes gewesen, den aber Herr Lucke blockiert habe. Auch habe es nicht den in der Einladung erwähnten Vorstandsbeschluss über vorzeitige Vorstandswahlen gegeben. Außerdem seien die finanziellen Konsequenzen erheblich, wenn auch die-

ser Parteitag (mit hoher Wahrscheinlichkeit!) angefochten wird. Zudem bestehe die Möglichkeit, dass die elektronischen Stimmgeräte abgelehnt werden, die rechtlich eigentlich nicht zulässig sind, weil keine Kontrollmöglichkeit der Auszählung gegeben ist. Die Vorstellung, dass dieser Parteitag im Chaos endet, muss ins Auge gefasst werden, von der verheerenden Außenwirkung („rechter“ Chaoshaufen AfD!) ganz abgesehen.

Frage: Geht die im Gespräch befindliche große Spende an die AfD oder den Weckrufverein, muss sie veröffentlicht werden, wenn sie an den Weckrufverein geht und wer war der Spender?

F. Petry: Es sind 100.000.- Euro von einem Unternehmer aus NRW. Wenn diese Spende an die AfD geht, muss sie veröffentlicht werden, wenn an den Weckruf, dann vermutlich nicht. Dazu muss man sagen, dass das Budget für 2015 durch den Parteitag in Bremen (320.000 Euro) fast ausgereizt ist. Da hilft die Spende und auch die Spenden aus der „Geldbombe“. Auch hierbei hat es gewisse Vorkommnisse gegeben: damaliger Vorstandsbeschluss war, dass bei Nichtreichen der avisierten 150.000 Euro für den

angestrebten Mitgliederparteitag in Kassel die Geldzusagen der potenziellen Spender nicht von deren Konto abgerufen wird. Dieser Vorstandsbeschluss wurde von Herrn Lucke eigenmächtig dahingehend abgeändert, dass es eine normale Spende sein soll für künftige Parteitage im Juni oder November oder für „direktdemokratische Elemente“. Das bedeutet eine klare Beugung eines Vorstandsbeschlusses! Auf meine Nachfrage betonte Lucke, als Vorsitzender dürfe er das! Essen wird ca. 300.000 Euro kosten und bei Absage drohen hohe Stornierungskosten. Sogar die Landesverbände werden für die Finanzierung herangezogen werden müssen. Auch diese Problematik hätte auf dem inzwischen abgesagten Konvent behandelt werden sollen.

Frage: Viele Mitglieder äußern die Angst, dass nun alles zusammenbricht, weil Sie und Lucke nicht mehr miteinander können. Würden Sie, wenn Sie beide gewählt werden würden, eine Zusammenarbeit mit ihm grundsätzlich ablehnen?

F. Petry: Egal, wer sich zur Wahl stellt - er muss mit anderen zusammenarbeiten können, das erfordert die Professionalität. Es ist zudem so, dass Lucke auf keinen Fall mehr mit mir zusammenarbeiten will. Die Spannungen zwischen uns haben sich aber erst nach der Europawahl manifestiert.

Frage: Haben Sie die sächsischen Abgeordneten im Bus auf der Fahrt nach Bremen mobilisiert, gegen die Satzung (1er-Spitze) zu stimmen?

F. Petry: Nein - ich war nicht im Bus und die Ablehnung der 1er-Spitze war in meinem Landesverband von vornherein überwiegend.

Frage: Sie waren sich mit Lucke doch schon einig über die 1er-Spitze. Warum haben Sie Ihre Meinung geändert?

F. Petry: Die 1er-Spitze kann funktionieren, ich habe sie auch lange unterstützt. Aber sie kann nur funktionieren, wenn derjenige, der sie innehat, integrativ wirkt und seine Stellvertreter ernst nimmt. Ich habe Lucke deutlich gemacht, dass ich ihn unterstütze, aber sein Stil müsse sich ändern. Das hat er zugesagt, aber nicht gehalten. Im Zuge der Hogesa - Demonstrationen bekam ich eine Mail vom 1. November, die vor Unverschämtheiten gegenüber den Mitgliedern nur so strotzte und die ich ohne lange Überlegung unterschreiben sollte, aber natürlich nicht habe. In dieser Mail sollten all diejenigen, die sich mit dem Geldsystem, dem Zinssystem und mit Systemkritik beschäftigen zu Verschwörungstheoretikern erklärt werden. Ich war völlig entsetzt, aber mein Kompromissvorschlag wurde nicht akzeptiert. Auch hingte sich Lucke an dem Wort Systemkritik auf. Aber wenn die AfD aufgibt, eine systemkritische Partei zu sein, dann haben wir ein echtes Problem. Diese Mail wurde auch in der Vorstandsklausur in Regensburg diskutiert und mehrheitlich abgelehnt (sie kann übrigens bei mir angefordert werden!). Seit dieser Zeit spätestens verhärteten sich die Fronten im Vorstand, da Lucke nicht vorhat, integrativ zu führen. Bei der 1er-Spitze sehe ich dann eine Gefahr für die Partei. Ich kann sie nicht mehr unterstützen. Über die 1erSpitze hätte die Satzungskommission erneut abstimmen können, wollte aber nicht. Wäre es zu einer erneuten Abstimmung gekommen, wäre es nicht mehr zur 1er-Spitze gekommen, da die Satzungskommission zu dieser Zeit schon äußerst gespalten war (nach den mit Lucke bis dahin gemachten Erfahrungen).

Frage: Haben Sie einen Mediator hinzugezogen als die Schwierigkeiten angingen?

F. Petry: Das nicht, aber wir haben trotz unterschiedlicher Meinungen zu einzelnen Themen konstruktiv zusammengearbeitet. Meinungsänderungen sind Teil der politischen Willensbildung, aber Lucke macht sie jetzt zum Politikum, weil ihm die besseren Argumente fehlen. Wenn dazu auch noch das Vokabular der politischen Gegner benutzt wird, dann hat man als Partei schon verloren.

Frage: Sollten Sie Fehler gemacht haben, die von der Presse aufgebauscht werden könnten, dann hätten Sie hier eine Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

F. Petry: Die Probleme mit meiner Firmeninsolvenz sind bekannt und inzwischen glimpflich verlaufen. Ich bin es gewohnt, mit Dreck beworfen zu werden, und wer dies weiterhin tun möchte, möge das bitte tun, damit ich dazu konkret Stellung nehmen kann.

**Bernd Lucke sagt,
Frauke Petry sei ein
"Staubsaugermodell",
das alle "mitnehmen
und integrieren" wolle.
Und das lehnt er ab.**

Neue Osnabrücker Zeitung
07.06.2015

Frage: Lucke wird idealisiert - welche Rolle spielt Henkel?

F. Petry: Man hat Henkel seinerzeit gedrängt, in die Partei einzutreten - als Motor vor der Europawahl. Er hat Lucke in gewisse Kreise eingeführt und übt einen starken Einfluss auf ihn aus, was seit einem Jahr etwa zu einer unschönen Angelegenheit wurde. Manchmal habe ich allerdings den Eindruck, dass sich beide auch gegenseitig gerne als Rechtfertigung benutzen. Am 17.4. hat mir Lucke unter vier Augen von einem Gespräch mit Henkel berichtet, das ca. ein Jahr zurückliegt. Dieser habe damals geäußert: wenn die Partei rechtsradikal würde, werde er sie lieber kaputt machen. Nach meiner Einlassung, dass ich diese rechtsradikale Entwicklung nicht sehe und auch nicht befürchte, wollte ich von Lucke wissen, wie er denn zu dieser Äußerung Henkels stehe. Daraufhin bekam ich keine Antwort. Er sieht es also genauso wie Henkel. Dafür spricht auch, dass sich Lucke von diesbezüglichen Angriffen Henkels auf die östlichen Verbände sowie auf meine Person oder auf Herrn Gauland nie distanziert hat.

Frage: So wie es aussieht, ist der geplante Parteitag in Essen in zweierlei Hinsicht fraglich: einmal, ob er überhaupt stattfindet und zum zweiten, ob die Ergebnisse überhaupt von Bestand sind, da der Parteitag ohnehin angefochten werden kann?

F. Petry: Wir müssen ihn auf jeden Fall stattfinden lassen, schon allein deshalb, um eine politische Entscheidung zu bekommen, auch wenn dabei viel Geld versenkt wird und das Ergebnis juristisch angreifbar ist. Denn wir haben damit bis zu (lange währenden) juristischen Entscheidungen wenigstens ein vorübergehendes Mandat zum Handeln gewonnen.

Frage: Warum stellen Sie sich hier hin und machen auf diese dringlichen Probleme aufmerksam, während Herr Lucke hier ein paar Tage vorher ausführlich über Europa doziert?

F. Petry: Es ist nicht meine Art, Probleme nicht anzusprechen.

Frage: Wo stehen wir als Partei wenn Sie oder Lucke sich durchsetzen?

F. Petry: Auf jeden Fall müssen verschiedene Strömungen repräsentiert sein und nicht nur stromlinienförmig agierende Lucke-Anhänger. Lucke plädiert für 13 Vorstandsmitglieder, u.a. mit Kölmel, Trebesius. Ich bin für 8 Mitglieder und zwar liberale, konservative und Ökonomen (die den Weckruf nicht unterschrieben haben), z. B. Prof. Meuthen. Auch Prof. Starbatty soll gehalten werden, der sich zunächst von den Weckruflern hat vereinnahmen lassen. Auch Prof. Schachtschneider sollte ja frühzeitig als wissenschaftlicher Beirat gewonnen werden, was Lucke aber aktiv verhindert hat. Ich möchte alle Strömungen in einem Vorstand haben, der dem Vorwurf, wir rücken nach rechts, aktiv entgegenzutreten kann. Dabei sollten wir die Weckrufler nicht ausgrenzen, sondern auf sie zugehen, zumal viele von ihnen nicht verstanden haben, dass sie nur instrumentalisiert worden sind. Vielmehr sollten wir versuchen, möglichst viele von ihnen zu halten. Den demokratischen Diskurs zwischen liberal und konservativ müssen wir nicht nur aushalten, sondern auch pflegen - wie es sich für eine demokratische Partei gehört.

Richtigstellung

des Mittelstandsforums zur Spende von Klaus Nordmann



Erklärung zu Herrn Nordmann

Als Gründer und stellvertretender Bundesvorsitzender des Mittelstandsforums der Alternative für Deutschland e.V. weise ich die Behauptung zurück, daß der Kölner Unternehmer Klaus Nordmann unser Mitglied sei. Wenn Herr Nordmann dem Lucke-Flügel der AfD Partei etwas gespendet hat, dann als Privatmann und nicht in Abstimmung mit dem AfD Mittelstandsforum, was er gar nicht kann, da er, wie gesagt, nicht unser Mitglied ist.

Dies sehe ich als weiteren Versuch, das AfD Mittelstandsforum in das Lucke-Lager zu ziehen. Seit Wochen bin ich persönlich Drohungen, Erpressungen und Verleumdungen durch bekannte Akteure des Weckrufs ausgesetzt, die das gleiche Ziel verfolgen.

Ich wiederhole hiermit nochmals, daß sich das AfD Mittelstandsforum ausschließlich um die mittelständischen Interessen in der gesamten AfD Partei einsetzt und sich als Organisation aus dem Flügelstreit in der Partei heraushält. Dazu gibt es einen eindeutigen Vorstandsbeschuß.

Mit freundlichen Grüßen

Hansjörg Müller

AfD Mittelstandsforum e.V.

Bundesvorstand stellvertretender Vorsitzender

„Lucke will fast ausschließlich auf die Kritik am Euro setzen. Aber das reicht nicht, um politisch zu überleben. Er will alle die Themen hinausdrängen, die uns etwa in Brandenburg, Thüringen und Sachsen bei den Landtagswahlen Erfolg gebracht haben - die Sorgen vieler Menschen vor steigenden Flüchtlingszahlen, vor der Kriminalität in den Grenzregionen, vor der multikulturellen Gesellschaft. Eine Partei, wie sie Lucke will, wird neben CDU und FDP keine Chance haben.“

Alexander Gauland

„Wir sollten uns den Spielraum des Denkens und Handelns nicht eingrenzen lassen. Da wo Alternative draufsteht, muss auch eine Alternative drin sein!

Wir haben den Auftrag aus dem Grundgesetz, die Politik nur zu gestalten, also das umzusetzen, was der Bürger will, und nicht dem Bürger vorzusetzen, was er zu wollen habe.“

Peter Münch

Bernd Lucke: Rundmail vom 11.05.2015

„...Die andere Gruppe stellt eben diese in Frage, sie äußert sich deshalb in den unterschiedlichsten Akzentsetzungen neutralistisch, deutschnational, antiislamisch, zuwanderungsfeindlich, teilweise auch antikapitalistisch, antiamerikanisch oder **antietatistisch.... ... **Ich will dies nicht**...“**

Was bedeutet dieses „(anti-)etatistisch“? Befragen wir Wikipedia:

ETATISMUS (frz. État „Staat“) ist ein Begriff, der für mehrere politische Anschauungen und Theorien verwendet wird, deren Gemeinsamkeit darin liegt, im Staat das Regulativ für beispielsweise wirtschaftliches und soziales Leben zu sehen. Der Begriff entstand um 1880 in Frankreich.

Etatismus kann:

- mit zentralistischen Staatsauffassungen verbunden sein,
- bestimmte Positionen der Planwirtschaft bezeichnen, in der die staatliche Kontrolle lediglich in wichtigen Industriezweigen wirksam wird sowie
- eine ausschließlich auf das Staatsinteresse eingestellte Denkweise darstellen, oder auch
- eine Politik bezeichnen, die die Zuständigkeit des Staates auszuweiten versucht zu Lasten der Rechte, der Kompetenzen, der Freiheit und der Selbständigkeit der Gesellschaft, vor allem in wirtschaftlicher und persönlicher Hinsicht.

Bernd Lucke: FAZ Sonntagszeitung vom 28.06.2015

„Meinungsfreiheit gibt es in der Gesellschaft, aber nicht in einer Partei.“